



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

197. Sitzung, Dienstag, 8. Dezember 1998, 19.45 Uhr

Vorsitz: *Kurt Schellenberg (FDP, Wetzikon)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

24. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1999

Antrag des Regierungsrates vom 9. September 1998
und geänderter Antrag der Finanzkommission vom
26. November 1998, Fortsetzung der Detailberatung
3667a..... Seite 14687

Verschiedenes

– Neu eingereichte Parlamentarische Vorstösse ... Seite
14739

1. Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

24. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1999

Antrag des Regierungsrates vom 9. September 1998 und geänderter An-
trag der Finanzkommission vom 26. November 1998,
Fortsetzung der Detailberatung, **3667a**

Fortsetzung der Detailberatung

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Wir setzen die Beratungen mit Konto
23 fort. Ich bitte Sie, zu beachten, dass dies neu die Direktion für Sozi-
ales und Sicherheit (DS) ist. Vorher wurden die Konten unter

23 Direktion der Polizei, 24 Direktion des Militärs und 28 Direktion der Fürsorge aufgeführt. Dies ist neu alles unter Konto 23 Direktion für Soziales und Sicherheit zusammengefasst.

23 Direktion für Soziales und Sicherheit

Ernst Jud (FDP, Hedingen), Referent der Finanzkommission: Der Vorsitzende hat es erwähnt. Die Polizeidirektion, die Militärdirektion und die Fürsorgedirektion wurden bekanntlich in der einen Direktion für Soziales und Sicherheit vereint. Dies macht sich auch beim Voranschlag 1999 bemerkbar.

Die zahlreichen Änderungen erschweren mit den vielen Globalbudgets und den Zusammenlegungen den Vergleich mit dem Vorjahr. Selbstverständlich haben wir aber die Budgetzahlen mit dem Vorjahr verglichen. Ich habe das Budget 1999 mit den kompetenten und zuständigen Personen in der Direktion eingehend besprochen. Wir wissen, dass die Globalbudgets – das haben wir heute und gestern gehört – noch nicht perfekt sind und alle Beteiligten damit noch am Üben sind. Doch in der Finanzkommission haben wir leider nicht das Glück, einen Übermenschen wie Thomas Büchi mit einem Überwissen zu haben, sonst wäre in der Finanzkommission auch alles in Ordnung. Vielleicht wäre es besser, ein Einmannparlament zu haben, dann müsste sich das Genie Thomas Büchi nicht mehr mit den 179 Banausen herumschlagen. Doch Einbildung ist auch eine Bildung.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Herr Jud, Sie gehen etwas zu weit. Darf ich Sie bitten, bei der Sache zu bleiben.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Ich muss die Vorwürfe wegen unseriöser Arbeit von gestern energisch zurückweisen.

Zur Sache: Eine wesentliche Änderung ist die Zusammenlegung der Direktionssekretariate. Nach Einführung und Einspielung der neuen Organisation sollten hier noch Einsparungen möglich sein, wirksam mindestens ab dem Jahr 2000. Bei der Kantonspolizei ist zu vermerken, dass der Ausgabenüberschuss gegenüber dem Vorjahr 1998 rund 50 Mio. Franken niedriger ist. Davon entfallen allerdings 10 Mio. Franken auf tiefere BVK-Beiträge. Die Gehälter liegen ebenfalls

etwas unter denjenigen des Vorjahrs, trotz den neuen Schulen im nächsten Jahr. Beim Zweidrittelbeschluss dürfte man hier nun an Grenzen stossen, denn ein Personalabbau beim Polizeikorps lässt sich kaum verantworten, wenn wir die nötige Sicherheit aufrechterhalten wollen. Ich persönlich bin froh, dass mit neuen Schulklassen wieder für Nachwuchs gesorgt wird. Ich war nie für die Streichung; die Prioritäten wurden von anderer Stelle anders gesetzt. Doch dies ist Schnee von gestern. Zum Erreichen eines ausgeglichenen Voranschlags hatte auch die Direktion für Soziales und Sicherheit einen Beitrag zu leisten.

In Absprache zwischen der Finanzkommission und der Direktion ersuche ich Sie deshalb, die Anträge der Finanzkommission gutzuheissen.

Konto 2300, Generalsekretariat

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2300.3010, Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Verbesserung Fr. 100'000.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Das Wort dazu wird nicht gewünscht.

Damit stimmt der Kantonsrat dem Antrag der Finanzkommission zu.

Konto 2301, Sportfonds

Konto 2302, Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2310, Kantonspolizei

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2310.3060, Uniformen und Dienstkleider: Verbesserung Fr. 150'000

Mario Fehr (SP, Adliswil): Ich hätte hierzu eine Frage. Ich nehme mit Erstaunen zur Kenntnis, dass man dieses Budget einfach um 150'000 Franken kürzen kann. Dafür hätte ich gerne eine Erklärung. Meines Erachtens gibt es fünf mögliche Varianten, weshalb dieser Budgetposten gestrichen worden ist. Die erste Variante wäre, dass er überhaupt nicht seriös budgetiert worden ist, dann wäre der Fall klar. Falls aber seriös budgetiert worden ist, müsste es irgendwelche Konsequenzen haben. Ich möchte nun fragen, wie diese aussehen. Bekommen die Polizisten erstens keine Dienstkleider, bekommen sie zweitens die Uniformen

ihrer pensionierten Vorgänger, bekommen sie drittens nur Uniformen mit kurzen Hosen oder stellt man viertens weniger Polizisten ein, weil es weniger Uniformen hat? Ich bitte um eine Antwort.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Es dünkt mich etwas eigenartig, dass Sie solche Fragen stellen, Herr Fehr. Sie sind doch sonst im Polizeiwesen immer so gut informiert und hätten mich sehr wohl auch anrufen können. Sie wissen genau, dass neue Uniformen geplant sind. Wenn ich Sparbeiträge leisten soll, so ist es mir lieber, an den neuen Uniformen etwas einzusparen und die Einkäufe auf einen späteren Zeitpunkt hinauszuschieben als keine Polizisten zu haben.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Das Wort wird weiter nicht verlangt.
Damit ist der Antrag der Finanzkommission genehmigt.

Konto 3113, Laufende Anschaffung von Hard- und Software

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3113, Laufende Anschaffung von Hard- und Software: Verbesserung Fr. 50'000

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Das Wort dazu wird nicht gewünscht.
Damit stimmt der Kantonsrat dem Antrag der Finanzkommission zu.

Konto 2311, Strassenverkehrsamt (Globalbudget)

Konto 2312, Amt für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr; neu unter Konto 2311 Strassenverkehrsamt (Globalbudget)

Konto 2313, Fremdenpolizei (Globalbudget)

Konto 2314, Passbüro

Konto 2320, Amt für Militär, Zivilschutz und Sport

Konto 2321, Wehrpflichtersatzverwaltung (Globalbudget)

Konto 2322, Militärkreise

Konto 2323, Kantonales Zeughaus (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2324, Abteilung für Zivilschutz

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2324.3010, Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Verbesserung Fr. 100'000.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Das Wort dazu wird nicht gewünscht.
Damit stimmt der Kantonsrat dem Antrag der Finanzkommission zu.

Konto 2325, Abteilung für Jugend und Sport

Konto 2326, Waffenplatz Reppischtal

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2330, Kantonales Sozialamt

Werner Scherrer (EVP, Uster), Referent für die Finanzkommission: Gestatten Sie mir, Ihnen einen kurzen Überblick über die Kostenentwicklung des kantonalen Sozialamtes oder der früheren Fürsorgedirektion zu geben. Wenn man die Aufwandsteigerung gegenüber der Rechnung 1997 anschaut, dann stellt man fest, dass man mit einer Aufwandszunahme von 40,7 Mio. Franken zu rechnen hat. Das sind etwa 6% des Aufwandes von 1997. Ich möchte kurz auf die bedeutenden Aufwandpositionen hinweisen. Da ist das Konto 3600 mit den Unterkonti 300 und 400, der Anteil des Kantons an die Sozialversicherungen. Bei der AHV betrifft dies 8,2 Mio. Franken und bei der IV 15,6 Mio. Franken. Bei den Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen, Konto 3620.600 ist eine Zunahme von 11,2 Mio. Franken zu vermerken. Diese Positionen allein machen mit 35 Mio. Franken den Bärenanteil aus.

Von Bedeutung ist aber ein längerfristiger Vergleich der beiden Positionen AHV und IV. Hat man 1995 bei der IV noch 165 Mio. Franken

verrechnet, so schlägt sie im Budget 1999 immerhin mit 199,7 Mio. Franken zu Buche. Das bedeutet eine Steigerung von 34 Mio. Franken. Das ist wesentlich, denn vergleicht man mit der AHV, hat man dort 1995 noch 173 Mio. Franken ausgegeben und rechnet für 1999 mit 186 Mio. Franken, also mit einer Zunahme von 12,7%. Wesentlich ist aber auch der Vergleich, dass die Beiträge an die AHV im Jahr 1995 höher waren als die Beiträge an die Invalidenversicherung. 1996 hat dies dann geändert, und mittlerweile sind die Aufwände für die Invalidenversicherung bedeutend höher als für die AHV. An sich ist das erstaunlich, es ist aber eine klare Folge der Arbeitslosigkeit, da eine Invalidisierung der Langzeitarbeitslosen oder Arbeitsunfähigen stattfindet, weil die Leistungen der IV für die Versicherten besser sind als Leistungen, die sie bei der Fürsorge beziehen könnten. Dem muss unbedingt Einhalt geboten werden.

Den Gemeinden kann dies nur recht sein, weil es volkswirtschaftlich zwar schlechter ist, doch die Gemeindefürsorge dadurch entlastet wird. Die Gemeinden sehen also zu, dass sie ihre Langzeitarbeitslosen von der Fürsorge weg zur IV verlagern können. Dass dies aus Sicht der Gemeinden zwar interessant, für den Kanton jedoch nicht attraktiv ist, liegt auf der Hand. Es müssen unbedingt neue Modelle gefunden werden, damit die Langzeitarbeitslosen nicht zu passiven Invalidenbeiträgebegütern werden, sondern, dass sie in Beschäftigungsprogramme integriert werden können, die wenigstens die Leistungen aus dem sozialen Existenzminimum bringen. Der Kanton muss daher unbedingt Projekte fördern, die der Langzeitarbeitslosigkeit entgegenwirken. Dies ist von staatspolitischem Interesse. Es wird auf eine Diskussion hinauslaufen, die am nächsten Montag stattfindet.

Noch eine kurze Bemerkung zum Kürzungsantrag über 100'000 Franken beim kantonalen Sozialamt. Eine solche Kürzung an den Leistungen der AHV ist eine reine Budgetbeschönigung. Selbst wenn dies vom Generalsekretariat der Direktion kommt, werde ich hierfür nicht aufstehen.

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2330.3600.300, Anteil des Kantons an Sozialversicherungen, AHV: Verbesserung Fr. 100'000.

Ruth Gurny Cassee (SP, Maur): Ich knüpfe gleich an das an, wovon Werner Scherrer vorhin gesprochen hat, nämlich an den Kürzungsantrag der Fiko. Er umfasst läppische 100'000 Franken in einem Posten von knapp 187 Mio. Franken. Es ist kaum der Rede wert, darüber zu

sprechen, dennoch muss es getan werden, weil uns dieser Kürzungsantrag exemplarisch für einige andere zu sein scheint. Ich denke, wir müssen den Finger drauflegen und etwas dazu sagen. Es handelt sich bei diesem Posten um bundesgesetzlich verankerte Beiträge, die der Kanton an die AHV abliefern muss. Hier gilt das AHV-Gesetz. Daran gibt es nichts zu deuteln und zu schraubeln: Was bezahlt werden muss, muss bezahlt werden. Wie ich gehört habe, hat die Verwaltung diese Kürzung der Fiko selbst angeboten. Das leuchtet ein, denn diese Kürzung tut nicht weh. Wahrscheinlich hat die Verwaltung dies getan, um andere Kürzungsanträge abzuwehren.

Doch im Zusammenhang gesehen ist es einfach nicht sinnvoll, so etwas zu tun. Wir können in diesem Budget auch Millionen kürzen. Am Ende spielt dies in der Rechnung aber überhaupt keine Rolle, denn wir werden bezahlen müssen, was zu bezahlen ist. Der Kürzungsantrag der Finanzkommission ist reine Budgetkosmetik und nicht einmal besonders gute. Der Antrag ist unsinnig.

Ich bitte Sie, dieser sogenannten Budgetverbesserung nicht zuzustimmen und diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2330.3600.300, Anteil des Kantons an Sozialversicherungen, Verbesserung Fr. 100'000. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag mit 71 : 62 Stimmen zu.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Damit ist die Direktion für Soziales und Sicherheit mit den früheren Direktionen der Polizei, des Militärs und der Fürsorge genehmigt.

25 Finanzdirektion

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Ich möchte generell etwas zu den Globalbudgets der Finanzdirektion sagen, aber nicht speziell zum Direktionssekretariat. Ich könnte mich auch erst unter dem Konto 2514 melden.

Bei der Finanzdirektion gibt es einige neue Globalbudgets, welche wir besprochen haben. Ich möchte einige Bemerkungen zum Globalbudget der Vermögensverwaltung, Konto 2514, machen. In der Finanzkommission haben wir bereits bemerkt, dass dieses Konto etwas sehr global

ausgefallen ist und unserer Meinung nach doch relativ viele Informationen verloren gegangen sind. Im dicken Voranschlag finden Sie unter dem Globalbudget Vermögensverwaltung zwei Leistungsgruppen: die Leistungsgruppe Verwaltung und die Leistungsgruppe Zinsendienst. Unter der letzteren scheint es mir, gehen einige Informationen verloren. Sie werden nun sagen, dass eigentlich klar ist, was dort zu finden ist, nämlich die Zinsen vom Sparbüchlein. Doch darunter gibt es durchaus noch einige andere Posten. Unter anderem z. B. die Zinsen des Grundkapitals der Zürcher Kantonalbank, das sind immerhin 96 Mio. Franken, oder auch den Anteil an Erträgen der ZKB. Vielleicht würde es jemanden interessieren, wieviel dies pro Jahr etwa ausmacht, oder wie hoch der Anteil am Erträgnis der Schweizerischen Nationalbank ist. Unter dem allgemeinen Titel ist das aber nicht ersichtlich.

Zuhanden des Protokolls und der Finanzdirektion möchte ich nun nochmals nachstossen, damit diese Zinserträge im nächsten Jahr etwas aufgliedert werden, so dass diese Informationen, die ich Ihnen nun als Mitglied der Finanzkommission mitteilen konnte, allen zugänglich sind.

Konto 2500, Direktionssekretariat (Globalbudget)

Konto 2501, Fonds für gemeinnützige Zwecke

Konto 2502, Gemeinnütziger Hilfsfonds

Konto 2503, Wildschadenfonds; neu unter Volkswirtschaftsdirektion

Konto 2504, Gastgewerbefonds; neu unter Volkswirtschaftsdirektion

Konto 2510, Finanzverwaltung

Konto 2511, Finanzkontrolle

Konto 2512, Amt für Informatikdienste

Konto 2513, Liegenschaftenverwaltung

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2514, Vermögensverwaltung, Globalbudget

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2514, Vermögensverwaltung, Globalbudget, Zinsendienst: Verbesserung Fr. 10 Mio.

Franz Cahannes (SP, Zürich): Ich möchte in die gleiche Kerbe hauen wie der Referent der Finanzkommission für die Finanzdirektion. Als normalsterblicher Kantonsrat kommt mir dieses Globalbudget vor wie eine Blackbox. Wie wir gehört haben, sind einige wichtige Posten darin enthalten wie z. B. die Mittel der Schweizerischen Nationalbank. Das ist ein sehr wichtiger Posten, der in Zukunft gewiss noch zunehmen wird. Auch die Mittel, die die Kantonbank abliefern, sind nicht ersichtlich. Ich sehe nun gerade, dass für die Kantonbank eine Ablieferung von 20 Mio. Franken in diesem Globalbudget drin steckt. Dies würde heissen, dass sie im nächsten Jahr 30 Mio. Franken abgibt, nämlich 20 Mio. an den Kanton und 10 Mio. Franken an die Gemeinden. Das wären 6 Mio. Franken mehr als im doch relativ guten Jahr 1997.

Diesbezüglich möchte ich Finanzdirektor Eric Honegger anfragen, inwieweit diese budgetierten 20 Mio. Franken wirklich mit dem Bankrat der Kantonbank diskutiert worden sind. Im weiteren möchte ich mit Nachdruck darauf hinweisen, dass es für die Zukunft wichtig ist, dass vor allem diese Zinserträge detaillierter dargestellt werden. Denn es handelt sich nicht um «Peanuts» und nicht in jedem Fall um Zinserträge, sondern auch um Zuschüsse von der Kanton- und der Nationalbank.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Eine Mehrheit der Finanzkommission beantragt bei diesem Konto, dass nächstes Jahr 10 Mio. Franken Zinsen mehr vorhanden sind. Finanzdirektor Eric Honegger hat diesen Antrag gestern als Budgetkosmetik bezeichnet. Eines möchte ich hier nochmals gesagt haben. Bereits gestern in der Eintretensdebatte haben wir bemerkt, dass wir unglücklich über gewisse Anträge der Finanzkommissionsmehrheit sind. Dieser Antrag hier ist auch ein solcher. Wir haben keinen Gegenantrag oder Minderheitsantrag gestellt, denn falls die 10 Mio. Franken mehr kommen sollten, dann ist uns das natürlich allen recht. Doch mit einer seriösen Budgetierung hat dies sicher nicht viel zu tun. Man hätte gerade so gut 11, 12 oder 13 Mio. Franken einstellen können.

Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil): Herr Bucher, die Unseriosität, die Sie uns unterstellen, möchte ich zurückweisen. Im Frühling, als das Budget für das nächste Jahr in der Finanzdirektion erstellt wurde – im Novemberbrief wurde dies bekanntlich nicht geändert –, ging man davon aus, dass es in der Laufenden Rechnung 1998 einen Verlustüberschuss von 375 Mio. Franken gibt. In der Zwischenzeit haben sich diese Zahlen jedoch wesentlich verändert, und wir rechnen noch mit einem Saldoüberschuss zwischen 150 und 200 Mio. Franken. Das heisst, dass wir weniger Schulden von 150 bis 200 Mio. Franken zu ertragen und zu verzinsen haben. Wenn wir dies in der Finanzkommission anpassen, dann hat dies nichts mit Kosmetik zu tun, sondern wir haben uns das genau überlegt.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Den Ausführungen von Kollege Bruno Zuppiger kann ich mich nur anschliessen. Es gibt noch einen weiteren Grund für diesen Kürzungsantrag. Vor einigen Monaten und noch bis vor ein paar Wochen, hat man angenommen, dass das tiefe Zinsniveau dieses Jahres im nächsten Jahr eher ansteigen wird. Mittlerweile sind Zinssenkungen erfolgt, und man darf davon ausgehen, dass die Zinsen im Jahr 1999 ebenfalls tief sein werden. Es wurde vorsichtig budgetiert, und mit den neuen Voraussetzungen, glaube ich, dass man einiges weniger budgetieren darf.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Die Finanzkommission hat diese Frage der Finanzverwaltung auch gestellt. Darauf hat sie geschrieben: «Im Hinblick auf den Zinsaufwand sowie Zinsertrag wurde, beruhend auf einem Regierungsratsbeschluss für den kurzfristigen Zins, ein Satz von 3% und für den langfristigen ein solcher von 4% verwendet. Aufgrund der aktuellen Prognosen lauten die Erwartungen für die kurzfristigen Zinssätze auf 2% und für die langfristigen auf 2,5%. In Anbetracht der Prognoseunsicherheit sowie des neutralen Saldoeffekts empfehlen wir die Beibehaltung der getroffenen Zinsannahmen.» So lautet die Antwort der Verwaltung, die ich etwas höher gewichte.

Anton Schaller (LdU, Zürich): Bei diesem Konto kommt an sich die ganze Philosophie darüber, wie budgetiert wird, zum Ausdruck. Ziel der Budgetierung ist auf der rechten Ratsseite nur eines, nämlich möglichst in die schwarzen Zahlen zu kommen. Würden wir etwas defensiver budgetieren, wie es der Regierungsrat gerne möchte, hätte er etwas

mehr Spielraum. Es könnte durchaus sein, dass sich die Zinssituation verbessert, und der Regierungsrat am Ende des Jahres einen besseren Rechnungsabschluss vorlegen könnte. Hier nun alles herbeizuzerren, sogar die Zinssituation, nur um in die schwarzen Zahlen zu kommen, ist Sand in die Augen gestreut. Das ist Ihre Philosophie, die hier deutlich zum Ausdruck kommt.

Regierungspräsident Eric Honegger: Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie beim Globalbudget der Vermögensverwaltung zusätzliche Informationen wünschen. Wir sind gerne bereit, diese im nächsten Budget nachzuliefern. Die Zahlen waren in der Finanzkommission vorhanden, doch wenn Sie sie in der Darstellung des Globalbudgets, welches an den Rat gerichtet ist, wünschen, werden wir versuchen, Ihnen entgegenzukommen.

Was den Anteil am Gewinn der Zürcher Kantonalbank betrifft, kann ich Franz Cahannes sagen, dass wir in der Tat 20 Mio. Franken eingesetzt haben. Auch das haben wir der Finanzkommission transparent übermittelt. Ich muss Sie daran erinnern, dass der Regierungsrat einen Entwurf des Voranschlags macht, gemäss Kantonsverfassung der Kantonsrat den Voranschlag aber schliesslich festsetzt. Die ZKB ist nicht unsere Bank, sondern Ihre, um die es hier geht. Wir dachten, wir machen Ihnen einen Vorschlag für eine Eigentümerstrategie, die Sie gegenüber ihrer Bank zum Ausdruck bringen könnten. (Heiterkeit). Bis jetzt hat die Kantonalbank dem Kanton jährlich 20 Mio. Franken abgeliefert. Nach Meinung des Regierungsrates ist nicht einzusehen, weshalb in Zukunft von diesen 20 Mio. Franken abzurücken sei, auch wenn die Gemeinden zusätzlich noch am Ertrag der Kantonalbank teilhaben.

Zum Zinsendienst: Ich habe einen Chef der Vermögensverwaltung, der sich täglich mit dem Zinsverlauf befasst. Er ist nicht in der Lage, mir zu sagen, wie sich die Zinsen im Laufe des Jahres 1999 entwickeln werden. Ernst Jud kann das, darum beneide ich ihn. Vielleicht sollten Sie sich an ihn halten, wenn Sie ihre private Eigentümerstrategie bezüglich Aktienkäufe für das nächste Jahr formulieren. Die Zinslage ist einfach sehr unsicher. Wenn ich unsicher bin, dann halte ich mich an die Profis, die täglich nichts anderes machen, als diesen Markt zu beurteilen. So einfach strukturiert sind unsere Schulden nun auch wieder nicht, dass es so evident wäre, wie sich die Zinsen präsentieren.

Doch was Sie bezüglich Zinsen auch immer in den Voranschlag eintragen, die Zinsen, die anfallen werden, haben wir zu bezahlen. Aus

14698

diesem Grund opponiere ich gegen keine Zahl, die Sie hier im Budget einstellen. (Heiterkeit).

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2514, Vermögensverwaltung, Globalbudget, Zinsendienst: Verbesserung Fr. 10 Mio. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag mit 81 : 17 Stimmen zu.

Konto 2520, Fischerei- und Jagdverwaltung; neu unter Volkswirtschaftsdirektion

Konto 2530, Wirtschaftswesen; neu unter Volkswirtschaftsdirektion

Konto 2540, Steueramt

Konto 2550, Personalamt (Globalbudget)

Konto 2560, Rechtsabteilung in Steuersachen

Konto 2570, Abteilung für Informatikplanung (Globalbudget)

Konto 2580, Kantonale Drucksachen und Materialzentrale Zürich (Globalbudget)

Konto 2590, Verwaltungsreformen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Zu Konto 25 Finanzdirektion ist von Julia Gerber Rüegg ein Budgetpostulat mit dem Titel «Hilfe an Notleidende im Kanton Zürich» eingereicht worden. Sie hat das Wort zur Begründung.

Budgetpostulat Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut: Hilfe an Notleidende im Kanton Zürich.

Der Regierungsrat wird eingeladen, im Sinne des aufgehobenen gemeinnützigen Hilfsfonds ein kantonales Konzept zu erarbeiten zur Linderung von Notständen, die durch wirtschaftliche Krisen und ähnliche Vorkommnisse verursacht werden. Dabei soll für direkte Hilfe

an Notleidende ein Rahmenkredit von 10 Mio. Franken zur Verfügung gestellt werden, der innerhalb der nächsten drei Jahre zweckbestimmt zu verwenden ist.

Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil): Durch die Aufhebung des kantonalen gemeinnützigen Fonds, welcher bis anhin von der ZKB geäufnet wurde, fliessen der Staatskasse dieses Jahr im Sinne einer einmaligen Einnahme 10,5 Mio. Franken zu. Dies ist im Voranschlag unter dem Konto 2502 ersichtlich. Ursprünglich waren diese 10 Mio. Franken zweckgebunden. Diese Zweckbindung kann man nicht einfach vom Fondsbestand lösen, indem man den Fonds auflöst. Die Gelder sind zweckgebunden für die Linderung von Notständen, die durch Naturereignisse, wirtschaftliche Krisen und ähnliche Vorkommnisse verursacht werden.

Zum Glück sind wir seit längerer Zeit von Naturereignissen verschont geblieben, abgesehen von einigen Mäuseplagen, deren Behebung aus diesem Fonds bezahlt wurde. Nachdem nun aber Wirtschaft und Bevölkerung noch immer an den Folgen der Konjunkturerbrüche der Jahre 1990 bis 1994 und an der noch heute flachen Konjunktur leiden, ist es gerechtfertigt, dass diese 10 Mio. Franken nicht einfach in die allgemeinen Staatsmittel einfliessen. Sie sollen im Sinne ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung einmalig und während der nächsten drei Jahre für die Hilfe an Notleidende in unserem Kanton verwendet werden.

Ich verzichte hier darauf, dies noch genauer zu umschreiben. Das habe ich im März 1997 bereits getan, als wir auch schon über diesen Fonds diskutiert haben. Ich hoffe, dass Sie mein Postulat gerade auch auf der gewerblichen Seite unterstützen werden.

Ich bitte Sie, dieses Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

Regierungspräsident Eric Honegger: Namens des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, diesen Vorstoss aus folgendem Grund nicht zu überweisen. Wir haben im Kanton Zürich ein Gesetz über die Sozialhilfe, dessen Zielsetzung es ist, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen. Wenn Sie das Gefühl haben, dass das Gesetz zu wenig greift und die wirtschaftlich Schwachen im Kanton immer noch zu schlecht wegkommen, dann können Sie dort Korrekturen anbringen.

Wenn es um Naturkatastrophen oder ähnliche Ereignisse geht, steht für solche konkrete Anlässe auch der Fonds für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung. Es besteht kein Anlass, nun für die nächsten Jahre noch

einen Rahmenkredit von 10 Mio. Franken mit einer Zweckbestimmung zu öffnen.

Ich bitte Sie, das Postulat nicht zu überweisen.

Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil): Die SVP wird dieses Postulat nicht unterstützen. Der Regierungsrat hat seine Begründung gegeben. Wir haben nun in der Finanzkommission beim Fonds für gemeinnützige Zwecke gerade wieder über die Projekte und Richtlinien diskutiert. Wir haben gesehen, dass wir eigentlich zu wenig gute Projekte haben, die zu unterstützen wären, gerade in solchen Notsituationen. Ich glaube, wir müssen aufhören, immer wieder neue Konzepte zu machen, wenn es schon bestehende Instrumente gibt, die greifen.

Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil): Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zur Argumentation des Regierungsrates. Das Sozialhilfegesetz belastet meiner Ansicht nach die Budgets der Gemeinden und nicht das des Kantons. Es ist deshalb natürlich ein Leichtes für Regierungsrat Eric Honegger, zu sagen, dass wir ja schon etwas haben. Schliesslich geht es dort nicht um seine Kasse.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt das Budgetpostulat von Julia Gerber Rüegg mit 84 : 53 Stimmen ab.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Damit ist die Finanzdirektion durchberaten. Wie ich Ihnen gestern mitgeteilt habe, sind heute entschuldigt abwesend: die Gesundheitsdirektorin, der Volkswirtschaftsdirektor und der Bildungsdirektor. Wir setzen daher die Beratungen mit Konto 30 Baudirektion fort.

30 Baudirektion

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Ich möchte kurz etwas zur Reihenfolge der Behandlung der Direktionen sagen. Herr Präsident, ich glaube, der Bildungsdirektor war gestern nicht als abwesend gemeldet worden. Es hiess eigentlich, dass auf jeden Fall zuerst die Bildungsdirektion behandelt werde. Ich möchte gegen die Umstellung dieser Reihenfolge protestieren. Für die Mitglieder der Finanzkommission ist das zum Teil

eine Zumutung, da sie sehr viele Unterlagen an die Sitzung mitnehmen müssen. Die Baudirektion kommt normalerweise am Schluss, und die Umstellung war sehr kurzfristig. Ich mag es dem Baudirektor ja gönnen, dass er mit seiner Direktion für einmal nicht am Schluss an die Reihe kommt. Es wäre jedoch eine Entschuldigung oder eine Erklärung wert, weshalb der Bildungsdirektor heute nicht anwesend ist. Das zeigt doch, wie ernst die Parlamentssitzungen von Mitgliedern des Regierungsrates genommen werden.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Ich habe hier meine Notizen vor mir. Ich habe gestern gesagt, dass Verena Diener, Ernst Buschor und Ernst Homberger heute nicht anwesend sein werden. (Unmut).

Wir setzen die Beratungen fort. Referentin der Finanzkommission für die Baudirektion ist Marie-Therese Büsser.

Marie-Therese Büsser-Ber (Grüne, Rüti), Referentin der Finanzkommission: Die Baudirektion ist für den Voranschlag 1999 vollkommen global budgetiert. Die Globalbudgets der einzelnen Ämter sind nicht alle auf dem selben Stand. Es gibt Ämter, die schon grosse Erfahrung mit Globalbudgets haben, so z. B. das AWEL, dessen Vorläufer das ATAL war, eines jener Ämter, die eine Art Pilotcharakter bei der Erarbeitung der Globalbudgets hatten. Wir sehen auch, dass dieses Globalbudget einen sehr grossen und gut ausgearbeiteten Leistungsteil hat. Die Leistungsumschreibung ist weit fortgeschritten.

Ein weniger positives Beispiel ist das Hochbauamt, dessen Globalbudget in der Leistungsumschreibung sehr schwach war. Wie ich gestern erwähnt habe, war die Finanzkommission einstimmig der Meinung, dass uns diese Leistungsumschreibung zur Steuerung nicht genügt. Von seiten des Regierungsrates haben wir aber keine Ergänzungen erhalten. Dafür rügt die Finanzkommission den Regierungsrat, denn wir sind der Meinung, dass wir unseren Auftrag mit einer solchen Art von Globalbudget nicht erfüllen können.

Regierungsrat Hans Hofmann: Zunächst zu den Globalbudgets: Wir sind ein wenig stolz darauf, dass die Baudirektion nun total global budgetiert ist. Dies war ohne einen gewissen «Champf» nicht möglich. Diese Globalbudgets sind sicher noch nicht perfekt. Es wäre ein Wunder, wenn sie auf Anhieb absolut befriedigend wären und alle Informationen enthielten. Wir wissen, dass wir sie noch verbessern müssen, und

daran werden wir arbeiten. Selbstverständlich werden wir auch die Wünsche der Finanzkommission und des Kantonsrates berücksichtigen. In diesem Sinn ist die Rüge, die die Finanzkommission ausgesprochen hat, nicht ganz unberechtigt.

Die Finanzkommission hat den Voranschlag, so wie ihn der Regierungsrat präsentiert hat, um 33 Mio. Franken verbessert. 8,5 Mio. Franken davon werden bei der Baudirektion eingespart. Das sind 25% oder rund ein Viertel. Wenn man die 10 Mio. Franken Budgetkosmetik, welche Sie vorhin bei der Finanzdirektion beschlossen haben, die aber keine Einsparungen sind, weglässt, dann holen Sie noch über ein Drittel dieser letzten Sparrunde bei der Baudirektion. Dies, obwohl die Baudirektion vom gesamten laufenden Aufwand 10% ausmacht. Die Baudirektion hat während der ganzen sechs Jahre, in denen wir unter Finanzdruck stehen, immer überproportional zum Sparziel beigetragen. Das wissen Sie. Doch nun sind alle Zitronen ausgepresst, und ich habe keine Zitrone mehr. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, den Anträgen des Regierungsrates zu folgen und die Kürzungsanträge der Finanzkommission abzulehnen.

Die Baudirektion hat den Aufwand der Laufenden Rechnung seit 1992 um 15% gesenkt. Ich beklage mich nicht, ich möchte mich auch nicht rühmen. Wir konnten das tun, indem wir viele Einsparungen gemacht haben. Doch irgendwann ist die Schmerzgrenze erreicht. Insbesondere die Kürzungen beim Unterhalt, sei es Strassen- oder Liegenschaftenunterhalt, werden nun langsam verantwortungslos. Ich habe vorhin bei Konto 5037 bereits gesagt, dass der Unterhalt bereits um mehr als 50% reduziert worden ist. Dies geht eine gewisse Zeit. Doch jetzt beginnen wir, Mehrkosten zu produzieren und Aufgaben auf später zu verschieben. Ich habe es schon einmal gesagt, doch ich sage es nochmals: Es tut mir weh, als jener Baudirektor in die Geschichte eingehen zu müssen, der die Liegenschaften und die Strassen verlottern liess.

Nun scheint wieder ein kleines Licht am Horizont. Ich denke, wir sollten hier unsere Verantwortung wahrnehmen. Beim Unterhalt gibt es keine echten Einsparungen, denn die Angelegenheit wird lediglich verschoben, und die Kosten steigen jährlich an. Ich bitte Sie also, dort nicht zu kürzen.

Die Baudirektion hält sich an den Zweidrittelbeschluss, auf welchen wir sogar einen kleinen Vorsprung haben. Bei drei personellen Abgängen werden nur zwei ersetzt. Wir können dies tun, weil wir weniger bauen,

weniger investieren und weniger Unterhalt betreiben. Doch auch hier gibt es irgendwo eine Grenze.

Ich habe nun vom Hochbau- und vom Tiefbauamt gesprochen. Die weiteren Kürzungen, die die Finanzkommission vornehmen will, wie beim AWEL 2 Mio. Franken, beim ARV 300'000 Franken und beim Dienstleistungszentrum 300'000 Franken, werden wir kaum mehr verkraften können, ohne dass Personal abgebaut werden muss. Das haben wir abgeklärt. Dies muss ich Ihnen sagen. Es tut mir weh, wenn ich als Abschiedsgeschenk, noch einigen Leuten in der Baudirektion kündigen muss, weil ich das Geld nicht habe, um ihren Lohn zu bezahlen. So weit sind wir leider. Das Budget ist bei uns wirklich gepresst.

Ich bitte Sie deshalb, den Anträgen des Regierungsrates zuzustimmen. Ich möchte mich nicht bei jedem Konto äussern. Ich denke, dass sich die Finanzkommission trotzdem durchsetzen wird, wie sie es immer getan hat. Ich behalte mir vor – und das sage ich auch für meine Nachfolgerin oder meinen Nachfolger, die oder der vielleicht hier im Saal sitzt –, nötigenfalls mit Nachtragskrediten zu kommen, wenn es wirklich nicht mehr anders geht.

Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur): Auf die Gefahr hin, dass ich nun als potentieller Nachfolger von Hans Hofmann abgestempelt werden könnte (Heiterkeit), möchte ich doch einen Punkt festhalten. Herr Regierungsrat Hofmann, Sie sprechen immer von der Zitrone, die ausgepresst wird. Es wäre mein Wunsch, dass Sie sich während dieser Schlussphase weniger auf diese Früchte konzentrieren, dafür um so mehr auf die Pressen. Sie haben Ämter wie das AWEL, welches nun immer mehr zu einem Pressinstrument zu Lasten unserer Unternehmen wird. Ich glaube, dass Sie den Hebel bei den Instrumenten ansetzen müssen und nicht bei den Früchten. Ich bin absolut

überzeugt, dass in den Verwaltungsadministrationen durchaus noch Möglichkeiten gegeben sind, noch einen Sparbatzen freizugeben. Denn diese Abteilungen sind überorganisiert.

Eduard Kübler (FDP, Winterthur): Regierungsrat Hans Hofmann hat mir aus dem Herzen gesprochen. Das Budget der Baudirektion war vom Regierungsrat gut ausgearbeitet, sowohl beim Hochbau, beim Tiefbau, beim Strassenbau, beim Nationalstrassenbau, beim Liegenschaftenunterhalt und beim Strassenunterhalt. Hier darf nicht mehr weiter gekürzt werden.

Als Beispiel nehme ich das Konto 3002, Strassenfonds. Dieses Konto soll gemäss Antrag der Finanzkommission um 2,5 Mio. Franken entlastet werden. Der Regierungsrat hat bereits im Novemberbrief eine gewisse Entlastung vorgenommen, und ich möchte den Antrag des Regierungsrates dort unterstützen. Bereits im Bericht des Regierungsrates zum Strassenbauprogramm, welches wir vor einigen Wochen behandelt haben, wurde klar festgehalten, dass zu wenig Geld vorhanden ist, um die Strassen richtig zu unterhalten. Regierungsrat Hans Hofmann hat nun selbst zugegeben, dass er die Strassen verlottern lassen muss. Die Anträge der Finanzkommission führen zu genau diesem Ergebnis. Daran können Sie nichts ändern. Längerfristig wird uns der Strassenunterhalt mehr kosten. Der Antrag zu diesem Beispiel bedeutet keine Einsparung, sondern lediglich eine Aufschiebung. Später werden die notwendigen Unterhaltsarbeiten teurer und dies wirkt sich zu Lasten des Steuerzahlers aus. Schliesslich erinnere ich Sie an Ihre Pflicht. Im Strassengesetz steht unter § 25 folgendes: «Die Strassen sind nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten so zu unterhalten und zu betreiben, dass sie ihrem Zweck entsprechend sicher und für die Umgebung möglichst schonend benützt werden können.» Diesem Prinzip müssen wir nachleben.

Ich persönlich unterstütze sämtliche Anträge des Regierungsrates bei der Baudirektion und bitte vor allem auch die Gewerbler, daran zu denken, dass wir das Geld brauchen und sparen müssen. Doch wir müssen am richtigen Ort sparen, und nicht beim Unterhalt. Ich bitte Sie, bei allen Anträgen dem Regierungsrat zuzustimmen.

Konto 3000, Generalsekretariat (Globalbudget)

Konto 3001, Natur- und Heimatschutzfonds (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 3002, Strassenfonds (Globalbudget)

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3002, Globalbudget, Reduktion des Übertrags an das Tiefbauamt zur Entlastung des Strassenfonds: Verbesserung Fr. 2'500'000.

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Hier möchte die Finanzkommission die Einlage in den Strassenfonds vergrössern. Der Antrag des Regierungsrates zum Voranschlag sah vor, dass der Strassenfonds entschuldet werden sollte. Dabei wurde mit dem Novemberbrief eine Änderung gemacht, und es war vorgesehen, den Strassenfonds noch weiter zu verschulden. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass dies nicht geschehen sollte. Die Verschuldung des Strassenfonds muss in etwa konstant gehalten werden.

Noch eine persönliche Bemerkung an Eduard Kübler: Der Staats- und Nationalstrassenunterhalt war in den letzten zehn Jahren noch nie so hoch wie 1999. Er wird im kommenden Jahr doppelt so hoch sein wie im Jahr 1995. Die Mähr der verlotternden Strassen ist einfach nicht wahr.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3002, Globalbudget, Reduktion des Übertrags an das Tiefbauamt zur Entlastung des Strassenfonds, Verbesserung Fr. 2'500'000. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag mit 63 : 16 Stimmen zu.

Konto 3003, Fluglärmfonds (Globalbudget)

Konto 3004, Aufgaben der Denkmalpflege (Globalbudget)

Konto 3007, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 3010, Hochbauamt (Globalbudget)

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Zu diesem Konto gibt es einen Antrag der Finanzkommission und einen Minderheitsantrag von Adrian Bucher. Letzterer ist vorhin zurückgezogen worden. Es gibt also nur noch den Antrag der Finanzkommissionsmehrheit.

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3010, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung: Reduktion des Betriebsaufwands um 2 Mio. Franken sowie Einsparungen von 1,1 Mio. Franken bei Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter; Kasernenareal.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Ich wäre froh, wenn hier Baudirektor Hans Hofmann noch etwas dazu sagen würde. Denn es gibt Neuigkeiten bei der Projektierung betreffend das Kasernenareal. Vielleicht sagen Sie uns etwas Näheres, bevor wir weiter diskutieren.

Regierungsrat Hans Hofmann: Die Finanzkommission möchte hier 3,1 Mio. Franken kürzen. 2 Mio. Franken beim Betrieb und Unterhalt – dazu äussere ich mich nicht mehr – und 1,1 Mio. Franken bei den Planungs- und Projektierungsarbeiten der Kaserne. Ich bitte Sie, wenigstens diese Kürzung um 1,1 Mio. nicht vorzunehmen, weil sie verheerende Folgen hätte. Wir müssten die Planung im Kasernenareal einstellen und zwar in jenem Teil, der der Bevölkerung zugute kommt, nämlich bei den Zeughäusern. Wir haben dort nun den Wettbewerb abgeschlossen, und es geht nun darum, eine Nutzung zu finden, eine Arbeitsgruppe zu bilden und einen Runden Tisch zu machen, um sich über die Nutzung zu einigen. Daran möchten wir weiter projektieren. Es wäre schlimm, wenn wir für die Neunutzung des Kasernenareals an die Volksabstimmung müssten, beim Kredit für das Kasernenhauptgebäude, gleichzeitig aber sagen müssten, dass wir bei den Zeughäusern nicht weiter projektieren. Das Bundesgericht hat nun entschieden, dass der Regierungsrat den Kredit über 3,5 Mio. Franken für das Kasernenhauptgebäude zu Recht bewilligt hat. Somit müssen wir das also nicht dem Fakultativen Referendum unterstellen und können weitermachen. Nun sind wir endlich soweit, dass wir mit der Stadt einen Konsens betreffend Kaserne gefunden haben. Auch suchen wir einen Konsens mit den künftigen Nutzern der Zeughäuser. Dies sollten wir nicht

zuletzt auch aus politischen Gründen nicht bremsen. Wir müssen die Planung in jenem Teil machen, der der Bevölkerung zugute kommt. Ich bitte Sie, mindestens die Kürzung über 1,1 Mio. Franken nicht vorzunehmen.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Wir haben unseren Minderheitsantrag zurückgezogen, weil uns der Bundesgerichtsentscheid eines anderen belehrt hat. Wir werden den Antrag der Regierung unterstützen.

Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich): Ich meine, dass man diesen Antrag nicht auseinander dividieren kann. Die Finanzkommission hat uns einen Antrag für eine Kürzung von 2 Mio. beim Betriebsaufwand und 1,1 Mio. Franken für die Projektierung der Kaserne unterbreitet. Diesen Antrag kann man nicht auseinandernehmen, sondern muss global über ihn abstimmen. Im Grunde genommen ist gerade dies das Perfide an der Sache. Denn ich bin gegen eine Kürzung beim Betriebsaufwand, aber für die Kürzung bei der Projektierung der Kaserne. Nun gelange ich an einen schwierigen Rank, und frage mich, wie man sich in diesem Fall verhalten soll. Ich glaube, dass man hier von der Finanzkommission aus versucht hat, die Opposition gegen die Art und Weise der Projektierung der Kaserne über den Tisch zu ziehen.

Die Projektierung der Kaserne in diesem Budget festzulegen, ist das Pferd verkehrt aufgezäumt. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir im Januar 1999 hier im Rat eine grosse Kasernendebatte führen werden. Dann wird über die Motion von Hans-Peter Portmann für ein Gesamtkonzept und über ein Postulat von unserer Seite betreffend das Kasernengebäude als solches diskutiert und entschieden werden. Zu diesem Zeitpunkt könnten wir auch über allfällige Projektierungskredite für die Kaserne sprechen. Doch jetzt müsste man den Kasernenkredit ablehnen. Dies werde ich «contre coeur» tun – nicht wegen der Kaserne, sondern wegen der 2 Mio. Franken Betriebsbeiträge.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Nach den Informationen des Baudirektors, für die ich herzlich danke, fahre ich gerne mit meinen Ausführungen fort. Aufgrund dieser Informationen, über welche wir anlässlich der Abstimmung in der Finanzkommission noch nicht verfügt haben, beantrage ich, die 1,1 Mio. Franken zu streichen und auf diesem Konto nur eine Kürzung von 2 Mio. Franken vorzunehmen. So steht es auch in den Unterlagen: 2 Mio. Franken betreffen den Betriebsaufwand, diesen

wollen wir kürzen. 1,1 Mio. Franken betreffen Planungs- und Projektierungsarbeiten; diese Kürzung wollen wir fallen lassen. Ich beantrage Ihnen daher,

das Konto 3010, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, Reduktion des Betriebsaufwands um 2 Mio. Franken zu kürzen.

Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil): Auch die SVP wird den Antrag der Finanzkommission um 1,1 Mio. Franken kürzen, weil wir überzeugt sind, dass dem Volk ein Gesamtkonzept über das Kasernenareal und die Zeughäuser vorgelegt werden muss. Wir sind auch der Meinung, dass insbesondere beim Betriebsaufwand gespart werden soll. Diese 2 Mio. Franken Betriebsaufwand bedeuten für uns aber auch Personal, welches immer wieder für Planungen innerhalb der Direktion zuständig ist. Wenn wir nichts mehr zu bauen haben, dann sollten wir auch bei der Planung oder beim Personal einmal etwas kürzer treten. Wenn geplant werden muss, dann können diese Aufträge auch an Spezialisten aus der Privatwirtschaft vergeben werden.

Wir unterstützen eine Kürzung von 2 Mio. Franken.

Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich): Regierungsrat Hans Hofmann hat mein Votum sehr wahrscheinlich bereits erwartet, Ernst Jud bestimmt auch. Ich weiss nicht, ob man uns hier nun für dumm verkaufen will. Aber bitte schön. Der Bundesgerichtsentscheid sagt meiner Meinung nach aus, dass der Regierungsrat tatsächlich die Kompetenz hat, Projektierungskredite zu sprechen. Doch es ist die Gesetzgebung dieses Kantons, die besagt, dass der Regierungsrat nur Gelder ausgeben kann, die ihm in diesem Haus bewilligt werden. Somit liegt es nun in unserer Kompetenz zu sagen, ob wir diesen Projektierungskredit bewilligen wollen oder nicht. Da müssen Sie uns hier nicht weismachen, Herr Jud, dass dieses Geld aufgrund von Neuigkeiten seitens des Bundesgerichts gesprochen werden muss. Sie können nicht einfach von der Mehrheit der Finanzkommission abkommen.

Wenn wir ehrlich sind, dann geht es tatsächlich um die Frage, ob wir hier einmal mehr Geld für eine weitere Projektierung sprechen wollen, wenn wir doch wissen, dass es sich um ein sehr heikles Geschäft handelt. Gerade in der Bevölkerung sind die Meinungen darüber, was auf dem Kasernenareal geschehen soll und was nicht, noch nicht

gemacht. Ich bin nicht gegen das bestehende Projekt und auch nicht gegen das, was die Baudirektion plant. Aber ich bin dagegen, zuerst zu projektieren und Geld auszugeben, um nachher mit einem Kredit vor das Volk zu treten. Es ist immerhin möglich, dass das Volk am Schluss Nein sagt. Meiner Meinung nach ist dies sogar absehbar. Damit hätten wir Millionen ausgegeben für eine Sache, die wir zuletzt nicht verwirklichen können. Die Logik fordert doch, genau wie meine Motion, dass wir zuerst über die Nutzung sprechen und erst dann planen und vors Volk gehen.

Ich bitte Sie, hier mit der Sprechung des Kredits noch bis im Januar 1999 zuzuwarten, bis wir über meine Motion diskutiert und entschieden haben. Der Baudirektor kann dann die Projektierungskosten auch in der nächsten Nachtragskreditserie beantragen. Seien wir nun logisch und schwanken wir nicht.

Ich bitte Sie, diese Kürzung vorzunehmen. Falls es, Herr Kantonsratspräsident, nun plötzlich möglich sein sollte, hier solche Posten auseinander zu nehmen, ohne dass dazu ein Antrag eingereicht worden ist, dann beantrage ich Ihnen,

den Gesamtposten des Projektierungskredites als einzelne Position zur Abstimmung zu bringen.

Markus J. Werner (CVP, Niederglatt): Wenn die Finanzkommission einen Mehrheitsentscheid erlässt, dann ist das per se noch nichts Gutes oder Positives. Wenn Sie dies aber nach eingehender Beratung und in Kenntnis sämtlicher Umstände, die nun heute als neu verkauft werden, tut und auf ihren Entscheid zurückkommt, dann habe ich damit schon etwas Mühe. Selbstverständlich haben wir gewusst, dass das Bundesgericht einen Entscheid gefällt hat. Dieser Entscheid ist aber nicht bahnbrechend, denn das Problem ist an und für sich genau das gleiche geblieben. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir keine vierte Planungsleiche für teures Geld produzieren sollten. Zunächst sollten wir die Ausrichtung des Projekts Kaserne offen diskutieren, wie auch die SP das gesagt hat. Offen bedeutet auch mit offenem Ausgang. Es wäre beispielsweise denkbar, dass man dieses altehrwürdige Haus einebnet und an dieser Stelle wieder ein identisches Gebäude mit einer modernen Infrastruktur zu einem Bruchteil des Preises, von welchem heute die Rede ist, hinstellt.

Diese Diskussion sollte geführt werden, und wir sollten heute nichts präjudizieren. Mein Fraktionskollege Hans-Peter Portmann hat recht,

wenn er sagt, dass der Regierungsrat nur das Geld ausgeben kann, welches ihm das Parlament im Rahmen der Voranschlagsdebatte zugesteht. Aus diesem Grund sollte dieser ganze Betrag nun definitiv gestrichen werden, wie es die Mehrheit der Finanzkommission seinerzeit beschlossen hat. Über die eigentlichen Betriebsaufwendungen von 2 Mio. Franken wurde nun plötzlich auch nichts mehr gesagt. Es war unser Eindruck – nicht nur in einem Einzelfall, sondern in mehreren Direktionen und bei Empfängern von Leistungen der Baudirektion –, dass die Meinung vorherrscht, es werde im Hochbauamt zu teuer geplant und gebaut. Aus diesem Grund herrscht auch bei den Amtsstellen der Wunsch vor, dass diese baulichen Leistungen inskünftig selbst zu tieferen Ansätzen erbracht werden können.

Im Rahmen dieser Beratungen haben wir festgestellt, dass die «Overhead-Kosten», also der Stab, der Wasserkopf in der Baudirektion, praktisch unvermindert gross sind, obwohl eigentlich seit Jahren stetig weniger gebaut wird. Es soll uns einmal jemand erklären, wie das möglich ist. Wir verstehen das nicht und sind der Meinung, dass in diesem Bereich eine Einsparung von 2 Mio. Franken beim Betriebsaufwand durchaus gerechtfertigt ist. Dies um so mehr, als nach der Einführung des Globalbudgets ein grosser Spielraum besteht, wie man diese Einsparungen umsetzen will.

Fazit: Die Portion von 3,1 Mio. Franken sollte nun nicht in mundgerechte Stücke aufgeteilt werden, weil die Interessenlage nach wie vor dieselbe ist. Ich bitte nun auch jene, die seinerzeit ihre Fraktionsmeinung hinter sich wissend in der Finanzkommission für diesen Antrag gestimmt haben, bei dieser Meinung zu bleiben.

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Ich kann mich für einmal Markus Werner voll und ganz anschliessen. Ich habe immer die Meinung vertreten, dass im Hochbauamt zu viel geplant und projektiert wird. Wir werden nachher wieder die Minderheitsanträge von grüner Seite sehen, die die Investitionen senken wollen. Wenn wir Investitionen senken wollen, muss auch nicht so viel geplant und projektiert werden. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass nun kein Geld für die

Kasernenprojektierung und Planung freigegeben werden soll.
Wir werden für eine Kürzung um den vollen Betrag von 3,1 Mio. stimmen.

Regierungsrat Hans Hofmann: Ich möchte hier die Diskussion um die Kaserne nicht vorwegnehmen, welche im Januar stattfinden wird. Doch wir planen an der Kaserne nun seit 15 Jahren, und es hat etliche Volksabstimmungen auf alle möglichen Seiten gegeben. Nun stehen wir kurz vor dem Ziel, und Sie möchten wieder alles stoppen. Damit gehen wieder fünf Jahre ins Land, und man wird wieder mit irgendeinem neuen Konzept aufwarten. Dann kommt irgendein anderer Kantonsrat mit einer neuen Motion. Während wir ständig bei Null anfangen, verlottert uns in der Zwischenzeit die Kaserne völlig. Gehen Sie die Kaserne einmal anschauen. Wenn wir noch lange warten, müssen wir die Kaserne baulich im grossen Stil sanieren, ohne dass wir wissen, wie wir sie nutzen wollen. Warten Sie doch ab, bis wir eine Vorlage haben. Ich bin auch bereit, diese Diskussion im Januar abzuwarten. Doch, egal wie die Vorlage aussieht, was wir auch planen, wir brauchen Geld dafür. Dieses sollten Sie uns nicht vorenthalten. Ich kann mich deshalb dem Antrag von Ernst Jud anschliessen, die Kürzung um 1,1 Mio. Franken zu reduzieren.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Damit können wir die beiden Anträge der Finanzkommission, eine Verbesserung um 3,1 Mio. Franken, und den Antrag von Ernst Jud für eine Verbesserung um 2 Mio. Franken einander gegenüberstellen.

Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich): Ich habe vorhin angefragt, ob es möglich ist, diese beiden Anträge auseinanderzunehmen, ohne dafür vorher einen schriftlichen Antrag eingereicht zu haben. In diesem Fall, stelle ich den Antrag,

über einen Kredit von 2 Mio. Franken für die Projektierungskosten des Kasernenareals losgelöst abzustimmen.

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Das ist ein neuer Antrag. Damit stehen sich drei gleichwertige Anträge gegenüber, die ausgemehrt werden müssen.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Hans-Peter Portmann möchte also den ursprünglichen Antrag des Regierungsrates wieder einbringen. Ist das richtig?

Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich): Nachdem nun auch Ernst Jud die Möglichkeit hatte, einen neuen Antrag zu bringen, nehme ich die Chance wahr und bringe auch einen neuen Antrag. Ich beantrage
eine separate Kürzung von 2 Mio. Franken für die Projektierungskosten des Kasernenareals.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Wenn wir in Budgetsprache sprechen, dann will die Finanzkommission eine Verbesserung um 3,1 Mio. Franken, Ernst Jud eine Verbesserung von 2 Mio. Franken und Hans-Peter Portmann eine Verbesserung um 1,1 Mio. Franken.

Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich): Nein, ich möchte auch eine Verbesserung von 2 Mio. Franken, aber Ernst Jud möchte diese Verbesserung beim Betriebsaufwand und ich möchte sie bei der Projektierung des Kasernenareals.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Darf ich Ernst Jud und Hans-Peter Portmann bitten, die Anträge schriftlich einzureichen. Dann wissen wir, worüber wir abstimmen.

Regierungsrat Hans Hofmann: Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Baudirektion mit Globalbudgets arbeitet. Sie haben einen Kürzungsantrag um 3,1 Mio. Franken gestellt, der nun eventuell auf 2 Mio. Franken reduziert wird. Aber es geht doch nicht an, bei einem Globalbudget wieder auf die einzelnen Posten zurückzukommen. Sonst budgetieren wir wieder wie früher, dann können Sie in den Details diskutieren.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Nun haben wir die Anträge, die wie folgt aussehen:

Antrag der Finanzkommission, Reduktion Betriebsaufwand 2 Mio. Franken sowie Einsparungen von 1,1 Mio. Franken bei Planungs- und Projektierungsarbeiten für das Kasernenareal. Hans-Peter Portmann beantragt eine Verbesserung von 2 Mio. Franken, die die Streichung des Projektierungskredits für das Kasernenareal beinhaltet. Ernst Jud

beantragt eine Verbesserung von 2 Mio. Franken beim Betriebsaufwand; die Kürzung um 1,1 Mio. Franken für die Planungs- und Projektierungsarbeiten fällt damit weg.

Wir stimmen ab. Die Tür ist zu schliessen, und die Anwesenden sind zu zählen.

Eventualabstimmung

| | |
|-----------------------------------|--------------------------|
| Anwesende Ratsmitglieder | 154 |
| Antrag Finanzkommission | 24 Stimmen |
| Antrag Ernst Jud | 71 Stimmen |
| Antrag Hans-Peter Portmann | <u>53</u> Stimmen |
| Stimmende Ratsmitglieder | 147 |
| Absolutes Mehr | 74 |

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Kein Antrag hat das Absolute Mehr erreicht. Wir führen die Abstimmung fort, indem wir den Antrag der Finanzkommission mit 24 Stimmen dem Antrag von Hans-Peter Portmann mit 53 Stimmen gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag wird dann dem Antrag von Ernst Jud gegenübergestellt. Ich werde den Inhalt der Anträge nun nicht nochmals wiederholen. Sie wissen ja, wer die Anträge gestellt hat.

Eventualabstimmung

Der Kantonsrat stimmt mit 74 : 64 Stimmen dem Antrag von Hans-Peter Portmann zu.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Wir stellen nun den Antrag von Ernst Jud dem Antrag von Hans-Peter Portmann gegenüber.

Thomas Büchi (Grüne, Zürich): Ich möchte Ernst Jud nur recht geben können. Aber die Ehre dieses Parlaments oder sein Prozedere ist mir doch noch ein bisschen wichtiger. Den Antrag von Ernst Jud, haben Sie, Herr Präsident, vorhin selbst mit den Worten gekennzeichnet «Sie wissen ja, wer den Antrag gestellt hat» und uns vorgerechnet, dass der Antrag in sich nicht ganz konsistent ist. Sind es nun 2 oder 1,1 Mio. Franken? Wenn wir diese beiden Anträge einander gegenüberstellen, wäre es möglich, dies noch zu bereinigen. Mir ist schon klar, dass wir jetzt diese beiden Anträge einander gegenüberstellen können. Dann stimmen

die meisten auf jener Ratsseite für den Antrag von Ernst Jud, und wir stimmen auf dieser Ratsseite das Gegenteil. Doch so ganz richtig scheint mir dies im Rahmen einer Budgetdebatte nicht mehr zu sein, wenn nun dieses Parlament dabei ist, über einen Antrag abzustimmen, der bei der Ausrechnung offenbar nicht ganz klar festgesetzt ist. Herr Jud, Sie vergeben mir, wenn ich hier nochmals das Wort ergreife. Sie haben natürlich in jedem Sinne recht: Ich bin ein Wichtigtuer, und Sie kommen draus.

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Wir haben nun noch zwei Anträge. Der Antrag Portmann will um 2 Mio. Franken kürzen, und zwar für die Planungs- und Projektierungskredite betreffend das Kasernenareal. Der Antrag von Ernst Jud will auch um 2 Mio. Franken kürzen, aber beim Betriebsaufwand.

Abstimmung

Konto 3010, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung. Der Antrag von Hans Peter Portmann, Reduktion um 2 Mio. Franken bei Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter, Kasernenareal, wird dem Antrag von Ernst Jud, Reduktion des Betriebsaufwands um 2 Mio. Franken, gegenübergestellt. Der Rat stimmt mit 77 : 74 Stimmen dem Antrag von Hans-Peter Portmann zu.

Konto 3010.5030, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften (Sammelkonto)

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

Konto 3010.5030, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften

alt: Fr. 4'387'000

neu: Fr. 3'948'000

Verbesserung Fr. 439'000

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Ich mache es kurz und spreche zu den Konti 5030 bis 5037, zu allen Minderheitsanträgen zusammen. Wir Grünen finden, dass eine nachhaltige Sanierung der Staatsfinanzen bei den Investitionen beginnt. Wir möchten hier deshalb eine Kürzung anbringen. Wie ich schon beim vorhergehenden Antrag zu den Investitionen gesagt habe, geht es vor allem darum, den Druck auf kostengünstiges Bauen zu verstärken.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Die Mehrheit der Finanzkommission ist gegen diese Minderheitsanträge. Zu den Investitionen habe ich mich bereits geäußert, und wir haben ausgiebig darüber diskutiert. Ich bitte Sie, diese und die folgenden Minderheitsanträge abzulehnen.

Abstimmung

Der Rat lehnt den Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Konto 3010.5030, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften, mit eindeutiger Mehrheit ab.

Konto 3010.5032, Umbau von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

Konto 3010.5032, Umbau von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

alt: Fr. 8'276'000

neu: Fr. 7'476'000

Verbesserung Fr. 800'000

Abstimmung

Der Rat lehnt den Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Konto 3010.5032, Umbau von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, mit eindeutiger Mehrheit ab.

14716

Konto 3010.5035, Einbauten in vom Staat gemietete Liegenschaften

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

Konto 3010.5035, Einbauten in vom Staat gemietete Liegenschaften

alt: Fr. 5'619'000

neu: Fr. 5'057'000

Verbesserung Fr. 562'000

Abstimmung

Der Rat lehnt den Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Konto 3010.5035, Einbauten in vom Staat gemietete Liegenschaften, mit eindeutiger Mehrheit ab.

Konto 3010.5037, Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

Konto 3010.5037, Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

alt: Fr. 31'415'000

neu: Fr. 28'274'000

Verbesserung Fr. 3'141'000

Abstimmung

Der Rat lehnt den Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Konto 3010.5037, Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, mit eindeutiger Mehrheit ab.

Konto 3012, Kantonale Fernwärmeversorgung (Globalbudget)

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3012, Globalbudget, Kantonale Fernwärmeversorgung: Verbesserung Fr. 250'000

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Ich habe keine Bemerkungen.

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Ich spreche in meinem Namen. Es geht hier um eine Kürzung, die wieder sehr global und ohne auf die Leistungsbeschreibung einzugehen, ausgefallen ist. In der

Finanzkommission wurde gesagt, dass man Stellen streichen oder die Raumtemperatur in den kantonalen Liegenschaften senken könnte.

In diesem Amt gibt es 21 Stellen. Sie können hier also nicht sehr viel kürzen. Ein Absenken der Raumtemperatur wäre mir als Grüne sehr sympathisch. Doch ich muss Ihnen sagen, dass auch die Einnahmen zurückgehen werden, wenn Sie weniger Fernwärme verkaufen. Damit bleibt die Einsparung auf der Strecke.

Germain Mittaz (CVP, Dietikon): Ich möchte gerne wissen, ob unter Konto 3012 noch etwas für den Abbruch der «Übung Fernheizkraftwerk» vorgesehen ist oder nicht.

Regierungsrat Hans Hofmann: Ich nehme an, Herr Mittaz, dass Sie die Kombianlage meinen. Diese ist im Augenblick sistiert, weil wir mit der Stadt am Verhandeln sind. Wie Sie gelesen haben, wollen wir die Fernwärme verselbständigen, indem wir eine AG gründen. Danach wird man das Thema wieder aufgreifen. Die Stadt klärt zurzeit noch ihren präzisen Wärmebedarf ab. Die Vergebungen wurden sistiert, und ich weiss noch nicht, wie es weitergeht. Das wird in jener neuen Aktiengesellschaft entschieden werden.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3012, Globalbudget, Kantonale Fernwärmeversorgung, Verbesserung Fr. 250'000. Der Rat stimmt dem Antrag mit 77 : 25 Stimmen zu.

Konto 3013, Amt für Raumordnung und Vermessung, Globalbudget

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3013, Globalbudget, Amt für Raumordnung und Vermessung: Verbesserung Fr. 300'000

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Ich habe keine Bemerkungen.

Barbara Marty Kälin (SP, Gossau): Einmal mehr kürzen Sie ein Globalbudget, ohne auf der Leistungsseite entsprechend etwas zu verändern. Natürlich können Sie das tun und 300'000 Franken kürzen. Ich nehme an, es könnten auch 500'000 Franken sein oder eine Million. Doch dann müssen Sie sagen, wo diese Kürzung was bewirken soll, welche Leistung nicht mehr erbracht werden soll. Das ARV (Amt für

Raumordnung und Vermessung), um welches es hier geht, ist ein zentrales Amt. Das hören Sie von mir nicht zum ersten Mal. Dort laufen die Fäden zusammen. Daten werden gespeichert, bearbeitet und weitergegeben. Denken Sie etwa ans GIS (Geographisches Informationssystem). Das ARV ist aber auch ein Amt, welches viel mit den Gemeinden zu tun hat. Wenn Sie kürzen, dann nehmen Sie in Kauf, dass Vorprüfungs- und Genehmigungsverfahren von Gestaltungsplänen liegen bleiben und verzögert werden. Wenn Sie kürzen, nehmen Sie ebenfalls in Kauf, dass Quartierpläne, die für die Entwicklung von Gemeinden notwendig sind, liegen bleiben und verzögert werden. Auch nehmen Sie in Kauf, dass sich der Vollzug der Bauverfahrensverordnung, der seit Januar 1998 in Kraft ist, verzögert, soweit die Bauverfahren mit dem ARV zu tun haben. Damit nehmen Sie in Kauf, dass die Beschleunigung von Bewilligungsverfahren, die von ihrer Seite immer wieder gefordert wird, verhindert wird. Es sind Ihre eigenen Anliegen, die Sie mit einer solchen Kürzung treffen oder gar verhindern.

Wie ich bereits gesagt habe, können Sie die 300'000 Franken schon kürzen. Doch Sie werden Ihren Kollegen und Kolleginnen in den Gemeinden diese Kürzung auch erklären müssen, da sie auf die Gemeindebehörden zurückfällt.

Ich bitte Sie deshalb auf diese Kürzung zu verzichten.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Die Mehrheit der Finanzkommission beantragt Ihnen diese Kürzung. Ich habe keinen weiteren Kommentar dazu. Ich bitte Sie, dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen und diese Kürzung anzunehmen.

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): So gebe ich Ihnen als Gegnerin dieser Kürzung noch einige Argumente mit. Das Amt für Raumplanung und Vermessung ist ein Amt, welches umstrukturiert worden ist. Auf den ersten Blick – ich nehme an, dass die Mehrheit der Finanzkommission es bei diesem hat bewenden lassen – hat der Saldo der Laufenden Rechnung zugenommen. Wenn man das aber hinterfragt, dann sieht man Folgendes: Erstmals wurden interne Verrechnungen erhoben, z. B. Mieten, Energiekostenabschreibungen und Zinsen. Wenn man diese erstmalige Erhebung berücksichtigt, dann hat der Saldo der Laufenden Rechnung dieses Amtes abgenommen, obwohl aufgrund der Restrukturierung zehn neue Stellen integriert worden sind. Da soll mir einmal jemand sagen, dass nicht gespart oder effizient gearbeitet wurde.

Ausserdem ist bei diesem Amt kein Aufgabenabbau zu verzeichnen. Es rechtfertigt sich also nicht, hier zu kürzen und dies erst noch ohne irgendwelche Angabe von Gründen oder Leistungen, die zu verändern wären.

Thomas Büchi (Grüne, Zürich): Ich wollte Ernst Jud noch etwas Grundsätzliches fragen. Doch wenn er keine Antwort gibt, dann weiss ich nicht, wen ich fragen soll, vielleicht den Herrn Regierungsrat.

Wir sind am Umbruch vom normalen Budget zum Globalbudget. Ich meine, aus dem Kopfnicken zu erkennen, dass zumindest in der FDP-Fraktion die Meinung vorherrscht, dass mit dem Globalbudget in Zukunft der Saldo des Budgets einfach ohne eine Begründung gekürzt werden kann. Wenn dem so ist, dann verstehe ich überhaupt nicht, was das mit New Public Management zu tun hat. Da wird sich das Parlament auf ein ganz gefährliches Wasser begeben, weil wir dann genau an dem Punkt angelangt sind, den sich gewisse Leute, die politisch die Verantwortung für dieses Budget nie übernehmen wollten, immer erträumt haben. Wenn es in Zukunft möglich sein sollte, dies zu tun, dann brauchen wir gar nicht über jede Direktion abzustimmen. Dann gibt es eine Schlussabstimmung, nämlich über den Saldo der Rechnung. Und dann soll mir jemand erklären, was für ein grosses Palaver hier immer zwischen «operativ» und «strategisch» geführt wird. Der Regierungsrat kann sich ins Fäustchen lachen, aber nur kurzfristig. Denn eines ist in der zürcherischen Verfassung noch immer klar festgeschrieben, nämlich, in welchen Bereichen, Direktionen und letztlich in welchen Ausrichtungen der regierungsrätlichen Tätigkeit dieses Parlament die Verantwortung übernimmt. Dies nicht nur, damit wir uns hier drinnen beschäftigen. Im Gegensatz zur Regierung ist das Parlament der Spiegel und die Schnittstelle zur Öffentlichkeit. Wenn es einreissen sollte, dass sich eine staatstragende Partei hinter der Kürzung von einer halben Million verschanzen kann, weil sie die Mehrheit hat, gleichzeitig aber nicht sagt, wo diese Kürzung greifen soll, dann ist etwas sehr faul, nicht in Dänemark, aber in der Schweiz.

Germain Mittaz (CVP, Dietikon): Ich bin von dieser Antwort ebenfalls sehr enttäuscht. Ich hoffe sehr, dass die Präsidentin der Finanzkommission zu deren Rettung eine Ergänzung anbringen kann. Andernfalls werde ich dem Budget nicht zustimmen. Es nimmt nun langsam einen Anstrich der Unseriosität an.

Barbara Marty Kälin (SP, Gossau): Nachdem der zuständige Vertreter der Finanzkommission keine Begründung für die Kürzung von 300'000 Franken angegeben hat, beantrage ich, dem Antrag der Regierung zu folgen und den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Markus J. Werner (CVP, Niederglatt): Ich weiss nicht, was Kollege Ernst Jud letztlich dazu bewogen hat, die Debatte, die in der Finanzkommission freilich auch materiell geführt worden ist, hier nicht wiederzugeben. Wir haben nichts zu verstecken. Wir sind der Meinung, dass dieses Amt gemessen an den Ausgaben der letzten Jahre ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen hat. Wir sind auch der Meinung, dass die raumplanerischen Aufgaben, die unmittelbar vor und nach der Richtplanung für den Kanton Zürich eine gewisse Berechtigung gehabt haben, ganz massiv aufgestockt zu werden. Diese Auslagen wurden aber nicht im gewünschten Umfang wieder reduziert, zumindest was den Bereich der Raumplanung betrifft. Bezüglich des GIS und der Vermessung haben wir festgestellt, dass der Kanton Zürich gegenüber dem Bund einen gewissen vorseilenden Vollzugsgehorsam hat. Dies trifft übrigens auch auf andere Bereiche zu, allerdings haben wir dort keine Anträge gestellt. Doch wir sind der Meinung, dass es beim ARV auch in einem etwas gemütlicheren Tempo noch ohne Verluste geht.

All dies hat uns bewogen, diese 300'000 Franken zu streichen, auch zusammen mit der Überlegung, dass z. B. die Erträge beim GIS, die hauptsächlich im internen Verrechnungsverhältnis anfallen und dort noch einiges gemacht werden könnte, obwohl das GIS-Zentrum einen 100-prozentigen Wirtschaftlichkeitsgrad aufführt. Es kann also mit keinem Wort die Rede davon sein, dass wir diesen Sparantrag einfach so aus dem Ärmel geschüttelt hätten. Ich finde es schade, dass dies hier nicht auf den Tisch gelegt wird. Ich habe es Ihnen nun gesagt,

und Sie können selbst darüber entscheiden, ob dieser Antrag begründet ist.

Die CVP wird diesen Antrag unterstützen.

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Ich bin von Germain Mittaz angesprochen worden, weshalb diese Kürzung beim Amt für Raumordnung und Vermessung gemacht werde soll. Für mich gibt es keinen Grund, diese Kürzung zu beantragen. Ich vertrete die Position der Minderheit. Diese hat ihre Gründe, weshalb man sich dieser Kürzung widersetzen soll, eigentlich genügend dargelegt.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Offensichtlich wird die Kürzung mit einem überdurchschnittlichen Anwachsen des Aufwands begründet. Doch das ARV hat neu noch die Abteilung für Vermessung integrieren müssen, welche vorher in der Volkswirtschaftsdirektion war. Darüber sind Sie offenbar nicht informiert.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Herr Büchi, Sie haben die Globalbudgets angesprochen. Lesen Sie das Gesetz. Das Parlament setzt bei den Globalbudgets sowohl den Leistungsauftrag, als auch die damit verbundenen Finanzen fest. Das Problem ist, dass beides irgendwie zusammenhängt. Aber das Plenum kann autonom sowohl über den Leistungsteil, als auch über den Finanzteil entscheiden. (Unmut). Ich habe bereits einmal gesagt, dass eine der grossen Schwierigkeiten der Globalbudgets sein wird, dass sich das Parlament irgendwie selbst auch gebunden fühlen muss in einen ausgehandelten Leistungsteil und einen damit verbundenen Finanzteil. Selbstverständlich ist es aber möglich, dass das Plenum den Finanzteil kürzt und den Leistungsteil belässt. Und wenn es dann nicht reicht, dann kann die Regierung zurückkommen und sagen: Wir können den Auftrag nicht erfüllen, wir brauchen einen Nachtragskredit. Das Parlament hat dann über diesen Nachtragskredit zu beschliessen. Einen anderen Weg gibt es nicht, wenn man dem Parlament nicht die jährliche Budgethoheit wegnehmen will. Doch das stand überhaupt nie zur Debatte.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Man kann sich fragen, ob nicht eine gewisse Begründungspflicht besteht, wenn der Regierungsrat ein Globalbudget festlegt und eine Abweichung beantragt wird. Es stellt sich

sogar die Frage, ob nicht eine schriftliche Begründungspflicht besteht, dies auch im Interesse für die nächstjährige Kontrolle. Das Problem, welches wir heute haben, ist, dass wir mit relativ zufälligen Begründungen konfrontiert sind. Ernst Jud sagt gar nichts, Markus Werner sagt irgend etwas aus dem hohlen Bauch, morgen wissen wir nicht, ob wir wegen Markus Werner oder wegen Ernst Juds Schweigen dieses Globalbudget gekürzt haben. Ein Jahr später werden wir keine Kontrolle darüber haben, warum wir diese Limite eigentlich festgelegt haben. Ich meine, dass wir uns ernsthaft überlegen müssen, ob nicht eine minimale schriftliche Begründungspflicht gegenüber Abweichungen des ursprünglichen Antrags, der selbst auch begründet werden muss und deswegen transparent schriftlich vorliegt, eingeführt werden müsste. In einem Zufallspalaver, wie wir es jetzt führen, werden die Globalbudgets jedenfalls tatsächlich zu einer Farce. Da kann mich Sebastian Brändli noch lange vom Gegenteil überzeugen wollen.

Thomas Isler (FDP, Rüschtikon): Ich bin etwas enttäuscht von der Antwort der Präsidentin der Finanzkommission. Liebe Liselotte Illi, Du bist im Gegensatz zu den Voten, die vorhin geäußert wurden, kompetent genug, uns nicht nur Deine eigene Meinung, sondern auch die Meinung der Mehrheit der Finanzkommission mitzuteilen. Ich bitte darum.

Sebastian Brändli (SP, Zürich): Herr Isler, wenn der Referent der Direktion nichts zu sagen weiss, dann muss nicht unbedingt die Präsidentin einspringen.

Was Balz Hösly vorhin gesagt hat, ist grundsätzlich selbstverständlich richtig. Wir haben keine Möglichkeit, direkt von Leistungen auf Finanzen zu schliessen oder umgekehrt. Dazu gibt es keine Regel, die positivistisch einfach immer gelten kann. Selbstverständlich sind das alles politische Aushandlungsprozesse gestützt auf Begründungen und Darstellungen. Aber wir müssen sagen, dass die Regierung gestützt auf die Vorarbeiten der Verwaltung die Hauptarbeit in diesem Spiel macht. Wenn wir dann noch Änderungen vornehmen, dann sind auch wir beschreibungs- und begründungspflichtig. Da kann kein Referent kommen und einfach nichts dazu sagen. Das geht nicht, und das muss auch Balz Hösly einsehen. Es geht nicht an, dass die

Finanzkommission ihre Arbeit, die wohlgerne eigentlich von Sachkommissionen vorbereitet werden müsste, macht und dem Plenum dann ihren Antrag für eine Kürzung über immerhin 300'000 Franken nicht klar darlegt. Das geht nicht. Die Begründungspflicht gehört zur Politik, und die ist hier verletzt worden.

Regierungspräsident Eric Honegger: Ich glaube es ist auch aufgrund der gesetzlichen Grundlagen unbestritten, dass der Kantonsrat in der Budgetdebatte sowohl den Zahlenteil, als auch den Leistungs- und Wirkungsteil für sich verändern kann. Er kann auch beides miteinander verändern. Die Freiheiten sind da im Prinzip unbeschränkt. Es wäre am logischsten, dass bei den Leistungen und Wirkungen entsprechend Korrekturen gemacht werden, wenn beim Zahlenteil etwas korrigiert wird. Wenn Sie das nicht tun, sondern nur den Zahlenteil reduzieren, die Leistungen und Wirkungen aber so belassen wie sie im Globalbudget sind, dann geben Sie mit dieser Verhaltensweise zum Ausdruck, dass Sie vom betreffenden Amt eine grössere Effizienz wünschen. Sie verlangen die gleichen Ziele und die gleichen Wirkungen, geben aber weniger Mittel dazu. Wenn man so etwas tut, dann wäre es mindestens politisch redlich, es zu begründen und zu sagen, wo effizienter gearbeitet werden soll. Wir haben z. B. beim Amt für Raumplanung und Vermessung entsprechende Angaben. Sie haben Kennzahlen, wie die Bearbeitungsdauer für eine Richtplanrevision seit der Feststellung von geänderten Verhältnissen in Monaten aussieht. Hier sind es 36. Sie können nun sagen, dass Ihnen 36 Monate zu viel sind und 28 es auch tun, nachdem Sie dies abgeklärt haben. Dann ist es in meinen Augen gestattet, den Zahlenteil zu kürzen und die Leistungen so zu belassen, wie Sie sie wollen. Doch irgendein Hinweis wäre politisch redlich.

Dies vielleicht als Anregung für zukünftige Debatten, wie man mit Globalbudgets umgehen sollte.

Peter Försch (Grüne, Zürich): Ich wollte eigentlich das sagen, was nun Regierungsrat Eric Honegger bereits gesagt hat. (Heiterkeit). Es ist tatsächlich so, dass, wenn man die Zahlen verändert, entweder die Effizienz gesteigert oder aber beibehalten wird. Letzteres bedeutet eine Kürzung. Ich habe viele Budgetverhandlungen mit verschiedenen

Geschäftsführern gehabt. Jeder Geschäftsführer, welcher mit dem Satz «Ich sage nichts» argumentiert hat, ist nicht mehr lange Geschäftsführer geblieben, Herr Jud.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Ein Antrag ohne Begründung ist wie eine Forderung ohne Inhalt. Ich wundere mich, dass der Kantonsrat über ein solches Anliegen so lange debattieren kann. Ich möchte es kurz machen, weil ich der Meinung bin, dass dies keine solch lange Diskussion wert ist. Wer nicht weiss, was er will, und dies nicht begründen kann, der verdient nichts anderes als eine Abfuhr, weshalb die EVP diesen Antrag ablehnen wird.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Ich bin gerne bereit, auch diesen Schwarzpeter für die Mehrheit der Finanzkommission einzustecken. Ich habe heute schon mehr eingesteckt, unter anderem auch eine Rüge, weil ich mich gegen der Vorwurf der Unseriosität gewehrt habe. Doch heute haben wir schon einige Mehrheitsanträge behandelt, ohne dass eine Begründung abgegeben worden wäre. Ich bin ein Mitglied der Mehrheit der Finanzkommission. Es wäre schön, wenn die richtigen Urheber dieses Antrags sich zu Wort melden würden. Aber Markus Werner hat die Erklärung für die Mehrheit abgegeben.

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Ich möchte noch etwas auf das Votum von Markus Werner entgegenen. Er hat gesagt, dass in der Finanzkommission selbstverständlich materiell über diesen Antrag diskutiert worden sei. Dem muss ich widersprechen. Denn wenn tatsächlich Argumente gefallen wären, dann wären diese Ernst Jud bestimmt in den Sinn gekommen. Tatsache ist doch, dass es bei all diesen Kürzungen vor allem ein Ziel gab, nämlich am Ende ein ausgeglichenes Budget zu haben. So hat man die Zahlen zusammengesucht und mit der pauschalen Begründung der Effizienzsteigerung Kürzungen beantragt. Es wurde nicht materiell in dieses Budget eingestiegen, denn sonst könnte hier niemand sagen, dass eine Aufwandsteigerung zu verzeichnen gewesen sei. Wenn man die Unterlagen anschaut, die wir von der Baudirektion bekommen haben, dann stimmt das einfach nicht. Dort wird ausgewiesen, dass viel mehr neue interne Verrechnungen hinzugekommen sind als der Saldo auf den ersten Blick

gestiegen ist. Hätte man das betrachtet und es sich überlegt, dann hätte man gesehen, dass der Saldo gesunken ist.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3013, Globalbudget, Amt für Raumordnung und Vermessung, Verbesserung Fr. 300'000. Der Rat lehnt den Antrag mit 74 : 73 Stimmen ab.

Konto 3014, Tiefbauamt (Globalbudget)

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

Konto 3014.5012, Bau von Verkehrseinrichtungen an Staatsstrassen

alt: Fr. 1'400'000

neu: Fr. 1'100'000

Verbesserung Fr. 300'000

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

Konto 3014.5013, Bau von Staatsstrassen

alt: Fr. 9'000'000

neu: Fr. 4'400'000

Verbesserung Fr. 4'600'000

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

Konto 3014.5017, Erneuerungsunterhalt Staatsstrassen

alt: Fr. 7'500'000

neu: Fr. 4'400'000

Verbesserung Fr. 3'100'000

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

Konto 3014.5020, Bau Nationalstrassen

alt: Fr. 249'000'000

neu: Fr. 119'000'000

Verbesserung Fr. 130'000'000

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Es tut mir leid, dass ich Sie so spät am Abend noch mit dem Strassenbau belästigen muss. Aber ich führe hier eine alte Tradition meines Vorgängers Martin Bäumle fort. Uns Grüne bräuchte es tatsächlich nicht mehr, wenn wir nicht

immer wieder auf diesen Unsinn des Strassenbaus hinweisen würden. Ich werde alle Minderheitsanträge von den Konti 5012 bis 5020 miteinander begründen.

Wie ich schon einige Male gesagt habe, hat der Strassenbau in den letzten Jahren eine extreme Zunahme erfahren. Die Investitionen in den Staats- und Nationalstrassenbau sind 1999 doppelt so hoch wie 1995. Dies, trotz einer fortschreitenden Verschuldung des Strassenfonds und trotz Problemen mit der Luftreinhaltung und dem Lärmschutz. Diese Investitionen erzeugen nicht nur die bekannten Folgekosten für Abschreibungen, Zinsen, Betrieb und Unterhalt, sondern vor allem Umweltfolgekosten, welche unsere Nachkommen beschäftigen werden.

Die Anträge, die ich hier stelle, erscheinen auf den ersten Blick gross, nämlich insgesamt 138 Mio. Franken an Einsparungen. Die Beträge entsprechen dem Niveau von 1995, auf welches ich zurückkommen wollte. Damals ist die Verkehrswelt auch noch nicht zusammengebrochen.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Zu den Investitionen habe ich mich schon mehrmals geäussert. Ich bitte Sie, diese Minderheitsanträge abzulehnen. Das Nationalstrassennetz ist beschlossen, und der Bund hat die Kantone beauftragt, dieses bis spätestens ins Jahr 2013 fertigzustellen. Bei den Staatsstrassen ist das Nötigste zu machen, auch beim Erneuerungsunterhalt. Ich bitte Sie deshalb, diese Kürzungsanträge abzulehnen.

Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich): Ich erlaube mir zu allen vier Minderheitsanträgen, die hier noch vorhanden sind, in globo zu sprechen. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass Marie-Therese Büsser die restlichen drei Minderheitsanträge zurückzieht, falls sie den ersten verlieren sollte. So können wir heute auf das lustige Abendturnen verzichten. In der Sache muss ich Ernst Jud hier recht geben. Die SP-Fraktion hat dies auch schon verschiedentlich signalisiert. Dort, wo Strassenbauten bereits beschlossen sind, sind sie in Gottes Namen zu vollziehen. Was Marie-Therese Büsser hier nun vorschlägt bzw. was sie will, ist nicht sparen, sondern sie will Verkehrspolitik via Budgetdebatte betreiben. Das ist, so meine ich, nicht ganz systemkonform. Wenn man Verkehrspolitik betreiben will, dann muss man die strategische Ebene beschreiten. Diese hat natürlich eine ganz andere Perspektive, als hier am 8. Dezember 1998 etwas zu beschliessen, was dann am 1. Januar 1999

Gültigkeit haben soll. Wenn wir hier diese Strassenkredite für die Bauten, die nun bereits am Laufen sind, streichen, bedeutet das, dass man z. B. in der Allmend Brunau all jene riesigen Baumaschinen abstellen muss. Der Kanton wird möglicherweise noch eine Konventionalstrafe zahlen und Hunderte von Bauarbeitern nach Hause schicken müssen. Das kann nicht die Politik sein, hinter welcher die Sozialdemokratische Fraktion steht. Bei einer strategischen Verkehrspolitik machen wir mit, aber nicht bei einer, die via Budgetdebatte geführt wird.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Konto 3014.5012, Bau von Verkehrseinrichtungen an Staatsstrassen, mit eindeutiger Mehrheit ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Konto 3014.5013, Bau von Staatsstrassen, mit eindeutiger Mehrheit ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Konto 3014.5017, Erneuerungsunterhalt Staatsstrassen, mit eindeutiger Mehrheit ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Konto 3014.5020, Bau Nationalstrassen, mit eindeutiger Mehrheit ab.

Konto 3015, Amt für Wasser, Abfall, Energie und Luft (Globalbudget)

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3015, Amt für Wasser, Abfall, Energie und Luft, Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Staatsbeitrag, Abschreibungen und Zinsen: Reduktion Aufwand LG Umwelt Fr. 1 Mio., LG Energie Fr. 0,25 Mio., LG Wasserbau und Wasserwirtschaft Fr. 0,75 Mio.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Die Mehrheit der Finanzkommission ist der Ansicht, dass diese Kürzung beim AWEL angemessen ist. Wir beantragen eine Kürzung von 2 Mio. Franken, aufgeteilt in eine Reduktion von 1 Mio. Franken beim Aufwand der Leistungsgruppe Umwelt, 250'000 Franken bei der Leistungsgruppe Energie und 750'000 Franken bei der Leistungsgruppe Wasserbau und Wasserwirtschaft. Generell sind wir der Ansicht, dass beim AWEL mit etwas weniger Akribie gearbeitet werden kann und Doppelspurigkeiten zu vermeiden sind.

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer, Adrian Bucher, Bernhard Egg, Liselotte Illi, Werner Scherrer

Konto 3015, Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Staatsbeitrag, Abschreibungen und Zinsen

alt: Fr. 20'173'445

neu: Fr. 20'173'445

gemäss Antrag Regierungsrat

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Vom Streichkonzert bei der Baudirektion ist das AWEL überproportional betroffen. Wiederum bietet die kürzende Mehrheit keine plausible Begründung und gibt keine Anweisung, wo genau zu sparen sei. Die Kürzung wurde auf die verschiedenen Leistungsgruppen aufgeteilt, jedoch wiederum ohne Angaben über Änderungen im Leistungsteil. Nun habe ich bereits bei der Einführung zur Baudirektion gesagt, dass das Globalbudget des AWEL dasjenige mit der umfassendsten Leistungsbeschreibung ist. Sie können in diesem Amt nun nicht einfach um 2 Mio. Franken kürzen, ohne sich über die vielen Seiten der Leistungsbeschreibung auch nur einigermaßen zu äussern. So sollen z. B. bei der Leistungsgruppe Energie, Brenn- und Treibstoffe 250'000 Franken eingespart werden. In der Finanzkommission wurde dafür die Begründung geliefert, dass man billiger einkaufen soll. Wenn Sie nun aber ins Budget hineingehen und sich ansehen, was dazu in der Leistungsbeschreibung steht, dann sehen Sie,

dass mindestens 5% unter dem Jahresmittelwert des Preises eingekauft werden soll. Dann machen Sie bitte eine Angabe, wie sich der Leistungsteil ändern muss, da diese zwei Dinge miteinander ganz direkt zusammenhängen. Hier können wir uns nun nicht mehr retten, indem wir sagen, dass es nicht genau bestimmt sei.

Ich bin der Meinung, dass auch diese Kürzung beim AWEL unseriös und zu wenig abgeklärt ist. Ich bitte Sie, diese Kürzung nicht zu bewilligen.

Esther Arnet (SP, Dietikon): Ich empfinde es als Affront, wenn nun ein so detailliertes und fundiertes Globalbudget, wie dasjenige des AWEL, in dieser Art gekürzt wird. Die Verwaltung erarbeitet eine ausführliche, wertvolle Leistungsbeschreibung. Und für diese vorbildliche Arbeit wird sie damit belohnt, dass ihr der Betrag in undifferenzierter Weise gekürzt wird. Ich fordere Sie auf, jetzt zu sagen, wo Sie wieviel sparen wollen. Betreffend die Kürzung um 1 Mio. Franken bei der Leistungsgruppe Umwelt, frage ich Sie, wo Sie sparen wollen. Bei der Sicherung der umweltgerechten Abfallbewirtschaftung oder vielleicht bei der Einhaltung der Luftreinhalteverordnung? Wo wird denn zuviel gemacht? Eine viertel Million wollen Sie bei der Energie sparen. Was tun wir dort zuviel? Sagen Sie es doch, wenn Sie finden, dass die Massnahmen im Bereich der CO₂-Reduktion unnötig sind. Oder sagen Sie, wenn Sie die Förderung der erneuerbaren Energien nicht wollen. Dreiviertel Millionen Franken wollen Sie bei der Wasserwirtschaft und dem Wasserbau kürzen. Finden Sie die gesetzeskonforme Nutzung der Gewässer nicht richtig? Oder wollen Sie die Grundwasserqualität nicht erhalten?

Sie wollen als «Obersparer» des Kantons gut dastehen, indem Sie die Sanierer dieses Haushalts sein wollen. Dabei übernehmen Sie aber nicht die geringste Verantwortung inhaltlicher Art. Ich finde dies weder besonders mutig, noch sehr phantasievoll. Was Sie tun, ist einfach. Alle können das. Nur sind nicht alle bereit, sich jedem sachlichen Argument zu verschliessen.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur): Frau Arnet, Sie haben zweifellos recht, wenn Sie sagen, dass das AWEL ausführliche Arbeit leistet. Es leistet sie derart ausführlich, dass gewisse Betriebe wegen dieser ausführlichen Arbeit in der Zwischenzeit ums Leben kommen. Damit

sind einmal mehr Arbeitsplätze gefährdet, weil Betriebsexistenzen gefährdet werden.

Dazu haben wir beispielsweise in konkretes Thema. Seit dem 1. Oktober 1998 ist eine neue Verordnung des Bundes im Bereich der Altlasten in Kraft. Nun ist endlich ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet. Mit anderen Worten: Was wir bisher im AWEL getan haben, war klar willkürlich, weil es auf keiner Gesetzesgrundlage basiert hatte. Nun sucht man nach neuen Wegen. Dieser Bereich ist ein Beispiel für andere, die Sie angesprochen haben. Auch bei der Energie gibt es analoge Möglichkeiten, nun die Lösungen über die Branchen zu suchen. Die Kosten, die aufgrund der entsprechenden Fachleute nun teilweise durch das AWEL aufzuwenden sind, sollten wieder vermehrt durch die Privatwirtschaft selbst, die Verbände, getragen werden. Denn auch die Verbände haben die nötigen Experten. Da ist man an der Arbeit. In den Betrieben sind zum Teil die viel besseren Experten als im AWEL verfügbar. Somit kommen wir im Sinn der Umweltpolitik rascher zum Ziel. Was das AWEL heute in gewissen Bereichen teilweise macht, ist eine Umweltpolitik ad absurdum.

Das führt nicht mehr zum Ziel. Das kann es nicht sein, wir müssen neue Wege beschreiten. Insofern ist das AWEL im personellen und administrativen Bereich heute ganz klar überdotiert. Die Sparvorschläge, die nun im Raum stehen, sind daher durchaus umsetzbar und gerechtfertigt.

Markus J. Werner (CVP, Niederglatt): Die Tätigkeit des AWEL steht seit Jahren auf der Liste der Finanzkommission. Man hat die verschiedenen Tätigkeiten des AWEL genau überprüft und festgestellt, dass nicht nur die entsprechenden Aufwendungen über die Jahre permanent angestiegen sind, sondern dass sich auch die Rückmeldungen von Gemeinden und betroffenen privaten Unternehmungen in dem Sinn gehäuft haben, dass «das Gute, was man hier machen möchte, des Guten zu viel sei». Dies ist nicht einfach eine Phase, sondern kann an etlichen Beispielen, die an die Finanzkommission oder eines derer Mitglieder oder aber im Rahmen von Parteigesprächen herungereicht werden, dokumentiert werden. Die Tätigkeit des AWEL wurde im Laufe der Zeit so perfektioniert, dass dieser bescheidene Abbau durchaus zu verkraften ist. Man kann nun nicht sagen, man hätte diese verschiedenen Aspekte nicht erwähnt. Nachdem man in diesem Bereich in den letzten Jahren keine Sparanstrengungen gemacht hat – im letzten Jahre kam das AWEL ungeschoren davon –, gibt es hier einen gewissen

Handlungsbedarf. Aufgrund all dieser Informationen, die den Mitgliedern der Finanzkommission selbstverständlich auch vorlagen, habe ich überhaupt keine Mühe, diesem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Im weiteren möchte ich bemerken, dass wir ausgerechnet in diesem Bereich, derart viele Publikationen haben wie von keiner anderen Amtsstelle der kantonalen Verwaltung sonst. Einerseits heisst das, dass man aufgrund des gesetzlichen Auftrags eine gewisse Publikations- und Informationstätigkeit wahrzunehmen hat, auf der anderen Seite werden die armen Gemeindeschreiber und Bausekretäre phasenweise aber mit solchen Informationen überflutet, dass man sich die Frage stellen muss, ob diese Leute eigentlich nichts anderes zu tun haben.

Die CVP wird diesem Antrag nachkommen, weil er ausgewiesen ist.

Thomas Büchi (Grüne, Zürich): Das Votum von Hans-Jacob Heitz hat es wohl klar auf den Punkt gebracht. Es war keine Antwort auf das vorhergehende Votum, sondern klar eine gerade Aussage mit dem Inhalt: Das AWEL betreibt zu viel Umweltschutz, publiziert zuviel, macht Umtriebe – vom Bundesgesetzgeber vorgeschrieben –, die nicht mehr zu verantworten sind; deshalb strafen wir es mit einer pauschalen Kürzung des Budgets. Das ist der Tenor, den ich gehört habe.

Marie-Therese Büsser hat sich einmal mehr eine enorme Mühe gegeben, zu zeigen, warum in einzelnen klar definierten Punkten Kürzungen nicht zu verantworten sind. Der Mehrheitsantrag der Finanzkommission kann nur als Strafaktion gegen ein missliebiges Amt und dessen Aktivitäten bezeichnet werden.

Herr Regierungsrat Hofmann, ich weiss, Sie sind kein Freund der vielen Worte, aber hier sind Sie als Regierungsrat gefordert. Ich bitte Sie, zu beantworten, ob das, was Sie nun hier gehört haben, wahr ist. Wenn wahr ist, was Markus Werner sagt, dass Papiere im Umlauf sind, die zeigen, dass das AWEL Luft hat, sich selbst beschäftigt und

auf Teufel komm raus publiziert und damit die Gemeinden drangsaliert, dann sind das politische Entscheide des Baudirektors. Wenn die Globalbudgets missbraucht werden, um Ämter, die einen detaillierten Leistungsausweis vorlegen, zu bestrafen, dann sind wir mit dem NPM auf dem Holzweg. Regierungsrat Hans Hofmann hat selbst gesagt, dass das Globalbudget des AWEL dasjenige sei, welches am weitesten fortgeschritten ist und am meisten Transparenz schafft.

Ich bitte Sie, Herr Regierungsrat Hofmann, nehmen Sie hier Ihre politische Verantwortung wahr und nehmen Sie Stellung zu diesen Vorwürfen aus den Reihen ihrer Parteien.

Regula Ziegler-Leuzinger (SP, Winterthur): Auch ich möchte mich spontan zu den gefallenem Voten äussern. Das AWEL arbeitet ausgezeichnet. Ich habe es mehrmals mit diesem Amt zu tun gehabt und habe wahrgenommen, wie ernst diese Abteilung ihre Aufgaben nimmt. Es übernimmt Verantwortung gegenüber der Umwelt. Diese Umwelt ist die unsere. Wenn Hans-Jacob Heitz sagt, es hindere verschiedene Abläufe in der Industrie und Wirtschaft, so trifft dies zum heutigen Zeitpunkt in einem kleinen Rahmen vielleicht zu. Doch es verhindert Unkosten, die später in Form von Umweltkosten anfallen würden. Ich möchte, dass die Arbeit dieses Amtes weiterhin im selben Umfang ausgeführt werden kann. Bitte streichen Sie diesem Amt keine Gelder.

Rudolf Aeschbacher (EVP, Zürich): Von der bürgerlichen Seite wird jetzt die Tätigkeit des AWEL kritisiert. Man spricht von Perfektionismus. Dabei meint man eigentlich nicht die Tätigkeit, sondern im Hintergrund steht die Tatsache, dass man mit den relativ strengen Umweltschutzgesetzen, die wir haben, und mit den entsprechenden Forderungen nicht zufrieden ist. Weil man mit dieser Gesetzgebung nicht zufrieden ist, geht man hin und versucht deren Vollzug zu verhindern. Das, liebe Bürgerliche, ist aber ein höchst heikles und schlechtes Vorgehen, weil es Ihr staatspolitisches Verständnis total aushebelt. Sie sind jene, die sich für ein geordnetes Staatsleben einsetzen und die ständig den Rechtsmittelstaat beschwören. Sie reden von Recht und Ordnung. Hier müssen Sie Recht, Ordnung und Vollzug auch im Umweltschutz durchsetzen. Marie-Therese Büsser wurde vorhin vorgeworfen, sie wolle Strategie über die Budgetdebatte betreiben. Das machen Sie im umgekehrten Sinn hier auch.

Es interessiert mich wirklich, was Regierungsrat Hans Hofmann nun auf die Frage von Thomas Büchi antworten wird. Wenn sich meine Kollegen in der Raumplanungskommission jeweils gegen einen strengen Vollzug für Naturschutz und Umwelt gewandt haben, habe ich diesen gegenüber schon mehrfach geäußert, dass die Regierungsmehrheit schliesslich von der bürgerlichen Seite gestellt wird und der Baudirektor ein ausgewiesener bürgerlicher Vertreter ist. Sie sind immer hinter Ihrem Baudirektor gestanden und haben ihn vor einigen Monaten als beste Vertretung im Ständerat unterstützt und durchgebracht. Also trägt diese bürgerliche Regierung und deren bürgerlicher Vertreter die Verantwortung dafür, wenn in seinem Amt irgendeine Dienstabteilung völlig aus dem Ruder laufen sollte. Sie müssen hier nicht Kürzungsanträge stellen, bevor Sie zuvor nicht mit ihren Vertretern in der Regierung darüber gesprochen haben. Ich mag diese Anschuldigungen und Kritiken an den Umweltämtern, die Ihr Baudirektor hat, nicht mehr hören.

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Hans-Jacob Heitz hat das AWEL einfach ganz allgemein kritisiert und ebenfalls nicht gesagt, wo welche Arbeit zuviel geleistet wurde. Zumindest das wäre er dem AWEL schuldig. Wenn man dort kürzen will, kann man nicht einfach pauschal Verurteilungen aussprechen und Straffkolonnen bilden. Ich muss nochmals klarstellen, dass das AWEL – zuvor AWG und ATAL – seit Jahrzehnten von bürgerlichen Regierungsräten geführt und geleitet wird. Diese haben es zu dem gemacht, was es heute ist. Es ist von der bürgerlichen Seite her eine schlechte Politik, wenn Sie die Bestimmungen, die schliesslich vom Bund vorgegeben werden, auf diese Art und Weise desavouieren.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Eine kurze Bemerkung zum Votum von Markus Werner. Er hat gesagt, der Finanzkommission hätten irgendwelche Berichte oder was weiss ich vorgelegen, wie schlecht das AWEL arbeitete. Davon weiss ich nichts. Wir haben keine gesicherten Aussagen darüber, dass das AWEL schlecht arbeite oder überdotiert sei. Es gibt sehr wohl tausend Geschichtchen und andere lustige Erzählungen zu diesem Thema, doch etwas Fundiertes, wo man sagen könnte, dass aus finanzpolitischer Sicht etwas schiefgelaufen sei, liegt der Finanzkommission nicht vor. Insofern ist der Antrag eben nicht fundiert, weshalb er von uns auch nicht unterstützt wurde. Offensichtlich handelt es sich also um einen politischen Entscheid. Wir können aber

wenigstens verlangen, dass diejenigen, die dieses Konto einfach so kürzen wollen, sagen müssen, wo dies genau geschehen soll. Dieses Globalbudget bietet effektiv die Gelegenheit dazu. Wenn man diese nur wahrnehme. Wir bitten Sie, das zu tun, denn damit könnten Sie ausweisen, dass Sie ihre Arbeit ernst genommen haben und seriöse Anträge stellen. Davon habe ich aber bis jetzt noch nichts gehört.

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Ich möchte noch kurz daran erinnern, welches die Aufgabe des Parlaments im Zusammenhang mit den Globalbudgets ist. Wir sollen über Leistungen diskutieren und die dazugehörigen Kredite sprechen. Ich bitte nun diejenigen, die kürzen wollen, vor den Wahlen hinzustehen und ihren Wählerinnen und Wählern zu sagen, welchen Teil des Umweltschutzes sie nicht mehr haben wollen. Damit wissen die Leute, woran sie sind.

Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur): Wenn wir einen Rückblick bezüglich der Tätigkeiten des AWEL machen, dann fällt die Beurteilung im Prinzip durchaus positiv aus. Es geht hier auch nicht um eine Straffaktion. Doch wir müssen in diesem Parlament gelegentlich lernen, dass das Leben weitergeht und sich gewisse Bereiche entwickelt haben. Wir sind nicht auf dem Stand der Technik der vergangenen Jahrzehnte stehengeblieben. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Unternehmen in diesem Kanton bezüglich Umweltschutz Milliarden investiert haben. Wir haben grosse Fortschritte gemacht. Es kommt nicht von ungefähr, dass sich die Gewässer im Kanton Zürich hinsichtlich der Qualität deutlich verbessert haben. Das ist durchaus ein Verdienst des AWEL, das bestreitet niemand. Doch es stellt sich nun die Frage, ob das Leistungsvolumen des AWEL, wie es bis anhin definiert war, im gleichen Umfang erhalten bleiben muss oder nicht. Und ich bin klar der Meinung, dass eine Reduktion um diese rund 10% des Leistungsvolumens über die Finanzen gemessen an den heutigen Bedürfnissen ein legitimes Anliegen ist.

In der Praxis muss das AWEL auf Stufe der Gemeinden bei den Baubewilligungen und den vielen Auflagen, meist sogar noch «contre coeur», im Verteiler aufgelistet werden, weil es auch noch begrüsst werden muss. Das führt zu unnötigen Verzögerungen. Oft müssen wieder zusätzliche Expertisen eingeholt werden, obschon man diese Arbeit aufgrund des heutigen Stands der Technik in jenen Betrieben längstens vorgeleistet hat. Diese Expertisen würden sich also an sich erübrigen.

Ich habe nie behauptet, dass das AWEL schlechte Arbeit geleistet hätte, sondern es geht um das Volumen. Es ist nicht mehr notwendig, einen derart grossen Apparat aufrechtzuerhalten. An einem konkreten Beispiel habe ich gezeigt – es gibt auch noch andere –, dass die Privatwirtschaft, die die Umsetzung des Umweltschutzes schliesslich zu machen hat, mit Branchenlösungen dem Staat Kosten abnehmen kann. Das ist die Zielsetzung, und insofern geht die Rechnung mit dem Saldo wieder auf.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Herr Heitz, wenn Sie sagen, die Welt hat sich weiter entwickelt, dann gebe ich Ihnen recht. Doch die Umweltbelastung hat sich gesamthaft gesehen eben auch entwickelt und nicht etwa zugunsten der Umwelt, sondern zu ihren Lasten. Sie stellen die rhetorische Frage, ob wir um 10% kürzen können oder nicht. Aber die heutigen Bedürfnisse – wie Sie es formulieren – messen sich nicht an einem kurzfristigen Gewinndenken, sondern daran, was die nächste Generation über uns denken wird. Das heutige Bedürfnis ist, dass wir unserer Umwelt weiterhin Sorge tragen. Ihr Antrag ist nicht tauglich, um diesem Massstab gerecht zu werden.

Regierungsrat Hans Hofmann: Ich habe bereits zu Anfang gesagt, dass ich mich gegen die Kürzungen der Finanzkommission wehre, an den Anträgen des Regierungsrates festhalte und mich nicht bei jedem Konto äussern möchte. Auch zum AWEL habe ich bereits gesprochen. Nun möchte ich nur noch so viel sagen, um das Votum von Thomas Büchi zu beantworten: Meine Damen und Herren, Sie können viel von mir verlangen, doch eines können Sie nicht verlangen, nämlich, dass ich die Gesetze und Verordnungen nicht vollziehe. Dafür bin ich vom Volk gewählt. Wenn Sie etwas anderes wollen, dann müssen Sie die Gesetze und Verordnungen ändern. Sie sind die gesetzgebende Gewalt, die Legislative. Wir machen auch den Altlastenvollzug nicht ohne gesetzliche Grundlage. Wir hatten ein Abfallgesetz, welches hier beraten und vom Volk gutgeheissen wurde. Wir vollziehen diese Gesetze. Das AWEL ist nun in der Baudirektion, die sonst eher einen Dienstleistungscharakter hat, abgesehen vom Gewässerschutz und -unterhalt die Eingriffsverwaltung. Hier wird Umweltrecht vollzogen, und das machen wir. Andernfalls müssen Sie das Recht ändern. Wenn es manchmal etwas lange dauert – ich höre die Reklamationen auch –, dann ist dies gerade, weil

wir zu wenig Personal haben. Doch wenn Sie diese Kürzung vornehmen, dann werden es noch weniger sein.

Ich bitte Sie, den Anträgen des Regierungsrates zuzustimmen.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3015, Amt für Wasser, Abfall, Energie und Luft, Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Staatsbeitrag, Abschreibungen und Zinsen; Reduktion Aufwand LG Umwelt Fr. 1. Mio., LG Energie Fr. 0,25 Mio., LG Wasserbau und Wasserwirtschaft Fr. 0,75 Mio. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag mit 76 : 72 Stimmen zu.

Konto 3030, Dienstleistungszentrum Baudirektion, Globalbudget

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3030, Dienstleistungszentrum Baudirektion, Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Staatsbeitrag, Abschreibungen und Zinsen: Reduktion beim Betriebsaufwand um Fr. 300'000

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Das Wort wird dazu nicht verlangt. Wir stimmen ab.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission zu Konto 3030, Dienstleistungszentrum Baudirektion, Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Staatsbeitrag, Abschreibungen und Zinsen, Reduktion beim Betriebsaufwand um Fr. 300'000. Der Rat stimmt dem Antrag mit 79 : 62 Stimmen zu.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Zur Baudirektion ist von Martin Vollenwyder und Ernst Jud ein Budgetpostulat betreffend «Baucontrolling» eingereicht worden.

Budgetpostulat Martin Vollenwyder (FDP, Zürich) und Ernst Jud (FDP, Hedingen), KR-Nr. 472/1998

Das Postulat hat folgenden Wortlaut: Baucontrolling.

Der Regierungsrat wird ersucht, die Einführung eines wirkungsvollen Baucontrolling zu prüfen.

Martin Vollenwyder (FDP, Zürich): Das Postulat ist einfacher als gewisse Anträge, klar zukunftsorientiert und bildet vielleicht eine Brücke zu den Anträgen von Marie-Therese Büsser, die Sie heute abend gehört haben.

Die Investitionen geben insbesondere im Bereich des Bauens immer wieder zu Diskussionen Anlass. Statt anlässlich von Budgetberatungen lineare Kürzungen vorzunehmen, ist es sinnvoll, ein Baucontrolling einzuführen. Erfahrungen aus der Privatwirtschaft zeigen, dass das jeweils durch externe Fachleute durchgeführte Controlling zu markanten Kosteneinsparungen führt. Bei Einzelprojekten, deren Kostenvoranschlag über 2 Mio. Franken liegt, dürfte der Staat mit diesem Instrument auch wesentliche Kostenreduktionen erzielen.

Wir sind der Meinung, dass wir einerseits mit dieser Begründung eine gewisse Plafonierung angegeben haben. Bei einem Betrag unter 2 Mio. Franken macht ein Controlling häufig keinen Sinn, weil dann die Honorare der Berater im Verhältnis zur Aufwandreduktion allenfalls zu teuer kämen. Andererseits haben wir aber auch nicht die Ansicht, dass man einfach linear kürzen soll. Wir sind der Meinung, dass die nächste Budgetdebatte vielleicht etwas vereinfacht verlaufen könnte, wenn wir ein solches Baucontrolling haben.

Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.

Regierungsrat Hans Hofmann: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat zur Prüfung und Berichterstattung entgegenzunehmen.

Thomas Büchi (Grüne, Zürich): Ich bin schon erstaunt. Schauen Sie doch einmal in die dicken Bücher, die wir haben. Franz Signer – leider verstorben, wahrscheinlich zum Teil auch als Folge seines Amtes, ich meine das nicht als Witz – und ich haben als Mitglieder der GPK im Jahr 1988 ein genau gleichlautendes Postulat eingereicht. Ich kann Ihnen die Geschichte des Postulats Schritt für Schritt aufzeigen. Ich bin froh, wenn der Finanzdirektor noch nicht gleich zusammenpackt. Es gab einen jahrelangen Streit zwischen der Finanzdirektion und der Baudirektion über dieses Baucontrolling. Das war eine Forderung der GPK vor gut zehn Jahren. Der jetzige Baudirektor nimmt das Postulat in guter Manier entgegen. Sie dürfen natürlich immer wieder solche Postulate stellen und ich hoffe, wir werden sie unisono unterstützen. Doch ich wünschte mir manchmal, dass Ihre Seite zuerst die Materialien studieren würde und das Postulat dann unterstützen würde, wenn es darauf ankäme. Wir hätten das Baucontrolling, Herr Vollenwyder, seit zehn Jahren, wenn wir es gewollt hätten. Der Vorstoss, genau gleichlautend wurde damals von zwei Mitgliedern der GPK gestellt.

Regierungspräsident Eric Honegger: So ganz genau gleich wie Sie sagen, Herr Büchi, war das Postulat nicht. Sie hatten einen Vorstoss eingereicht, mit dem Ziel, eine baubegleitende Revision zu installieren. Hier geht es nicht um die Revision, sondern um das Controlling. Dieses beginnt früher als die Revision. Damals waren wir der Meinung, dass die Revision durch die Finanzkontrolle ausgeführt werden sollte. Sie sollte jedoch nicht erst am Schluss mit der Revisionsarbeit beginnen, sondern die Revision mitschreitend machen.

Wenn ich das Postulat richtig verstehe, geht es hier bereits in der Planungsphase darum, eine quasi aussenstehende Sicht einzubringen, um von Beginn weg dazu beizutragen, dass die Kosten gesenkt und die Leistungen allenfalls angepasst werden können. Das ist nicht ganz dasselbe, wie Sie es behauptet haben.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 0 Stimmen, das Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

Regierungsrat Hans Hofmann: Es tut mir leid, wenn ich mich noch einmal äussern muss, nämlich zu der Kürzung, die Hans-Peter Portmann beantragt hat und welche dann so knapp durchgekommen ist. Sie haben beim Globalbudget der Baudirektion eine Kürzung von 2 Mio. Franken restriktiv für die Projektierung der Kaserne beantragt und beschlossen. Ich möchte Ihnen sagen, dass ich diese Kürzung nicht vollziehen kann. Wie Sie wissen, hatten wir einen Projektierungskredit von 3,5 Mio. Franken. Mehr ist noch gar nicht gesprochen, und 2 Mio. Franken davon sind bereits ausgegeben. Wir haben dies dann gestoppt, weil wir das Wort dem Bundesgericht gegeben haben. 2 Mio. Franken sind bereits ausgegeben, ich kann also gar nicht mehr 2 Mio. Franken sparen. Doch ich werde die Projektierung der Kaserne sofort stoppen und dem Stadtrat von Zürich einen Brief schreiben, dass ich die Frist für das Propog nicht werde einhalten können. Das ist die Konsequenz Ihres Beschlusses: Bei der Kaserne legen wir den Bleistift weg, das Propog bleibt stehen.

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– Bauliche und betriebliche Veränderungen am Gubristtunnel

Anfrage Vilmar Krähenbühl (SVP, Zürich) und Hans-Peter Züblin (SVP, Weiningen)

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

Zürich, den 8. Dezember 1998

Die Protokollführerin:
Irene Läubli

Vom Büro des Kantonsrates in seiner Sitzung vom 28. Januar 1999 genehmigt.